

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Interessen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie-Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1,50 Mk. Anzeigenpreis die 6 gespalt. Coloneltzeile für Arbeitsgehalte 75 Pf., Geschäfts- und Privatanzeigen 1 Mk.

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schäftsleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Seitenstraße 17. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Anzeigen und Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten

Agitation.

Mit feinem Verständnis für die innere Wortbedeutung wählte man zur Bezeichnung der Werbetätigkeit im Vereinsleben das Fremdwort agitieren, weil darin der ursprüngliche Sinn der lateinischen Stammform agere = handeln anklängt. Wirkliches „Agitieren“ erschöpft sich nicht mit einer vielleicht glänzenden Rede eines Agitators. Wenn seine Worte nicht von innen heraus belebt werden durch eine starke Ueberzeugungskraft, wenn nicht eine die Organisationsideen gleichsam verkörpernde Persönlichkeit dahintersteht, dann mag die Rede eine Augenblicksbegeisterung erzielen, aber die hingeworfenen Gedanken wurzeln nicht fest in den Herzen der Zuhörer und treiben nicht den Entschluß zur Tat, ohne Jägern der Organisation beizutreten und in ihr mitzuarbeiten.

Die stille Agitationsarbeit eines Gewerkschaftlers, der die Worte nicht schön zu stellen weiß, vermag daher oft mehr zur Stärkung der Reihen des Verbandes beizutragen, als die eines geschulten Redners. Sollte nicht ein Gewerkschaftler, dem es ernst um seine Sache ist, mit eindringlichen Vorstellungen den Kollegen überzeugen können von der Notwendigkeit einer geschlossenen wirtschaftlichen Wehrkraft zum Kampfe gegen jede Benachteiligung und einer Mehrkraft zur Hebung des Standes? Bei einem überzeugten Gewerkschaftler wird auch das Agitieren zu einem wirklichen Handeln. Er scheut nicht zurück, den Kollegen wieder und wieder aufzusuchen und ihm immer aufs Neue die Worte des Verbandes ins rechte Licht zu rücken. Er ist innerlich mit einer solchen Werbekraft gesättigt, daß er sich von dem widerstrebenden Kollegen nicht mit ein paar Schlagern entwaffnen läßt, er ist mit den Statuten und Zielen seiner Organisation so vertraut, daß er in keiner Weise aus dem Sattel gehoben werden kann. Ein erfolgreiches Agitieren fordert Ausdauer; gerade der Hausagitor, dessen stilles Handeln nie an die Öffentlichkeit dringt, kann in der Richtung mehr leisten, als der beste Versammlungsredner, der kommt und geht. Die Bearbeitung und Schulung der äußerlich gewonnenen Kollegen erfordert eine unermüdete, geduldige und opferwillige Kleinarbeit.

Drum Ehre den „Handelnden“, den im Stillen schaffenden schlichten Agitatoren in Haus und Werkstatt! Die innere Stärke der Organisation, die unüberwindliche Macht ihres Wirkens ist nicht zum geringsten Teile diesem „Agitieren“, diesem „Handeln“ zuzuschreiben!

Zur Metallarbeiterausperrung in Menden.

Das Verhalten der Mendener Unternehmer, die wegen geringfügiger und, in Anbetracht der Preissteigerung für alle Lebensbedürfnisse, durchaus berechtigter Forderungen einiger 70 Arbeiter mehrere Tausend ganz unbeteiligter aussperrten, und ihre Unnachgiebigkeit bei allen Vermittlungsversuchen Unparteiischer findet eine immer entschiedenere Beurteilung in der Öffentlichkeit. Man kann es einfach nicht verstehen, daß wegen der schroff ablehnenden Haltung eines Unternehmers gegen billige und leicht erfüllbare Wünsche einiger Arbeiter ein ganzer aufblühender Industriebezirk mit Tausenden wirtschaftlicher Existenzen dem Ruin entgegengeführt werden soll. In äußerst sachlicher und zutreffender Weise kommt das in einem Artikel zum Ausdruck, den wir in Nr. 171 der „Kölnischen Volkszeitung“ finden. Der Artikel, „Arbeitskämpfe“ betitelt, ist um so wertvoller, als der Verfasser hier die Angelegenheit vom Standpunkte des völlig unparteiischen Beobachters aus behandelt. Aus diesem Grunde geben wir den Artikel an dieser Stelle im Wortlaut wieder:

„In der Arbeiterbewegung ist zurzeit Hochkonjunktur. Im Bau-, Maler-, Holz- und Schneidergewerbe stehen umfassende Tarifabschlüsse bevor, die hoffentlich ohne Störung des gewerblichen Friedens vor sich gehen werden. In den anderen nichttarifizierten Gewerben rührt es sich nicht minder in den Kreisen der organisierten Arbeiter, die durch die Selbsthilfe ihre Einkommensverhältnisse mit der Preissteigerung für alle Lebensbedürfnisse wenigstens im Einklang zu halten suchen. Ein Streben, das man durchaus erklärlich und berechtigt finden wird. Dabei kommt es leider aber auch hier und da zu Differenzen und wirtschaftlichen Kämpfen, die man im Interesse der Beteiligten wie der Allgemeinheit zwar bedauern, aber als natürliche Begleitercheinung unserer neuzeitlichen Wirtschaftsweise wohl oder übel in Kauf nehmen muß. Es ist aber nicht zu verkennen, daß derartige Arbeitskämpfe in ihrer Zahl wie in ihrer Dauer bedeutend eingeschränkt werden könnten, wenn auf beiden Seiten der widerstrebenden Interessenten — Unternehmer und Ar-

beiter — ruhige Sachlichkeit, soziales Verantwortlichkeitsgefühl und Verständnis für die Lage der anderen Partei vorhanden wären. Leider fehlt es hier und da an diesen Voraussetzungen; dann prallen die Gegensätze anscheinend unversöhnlich aufeinander, es folgt Streik, Ausberrung, Erschütterung des Gewerbes, Schädigung der Allgemeinheit, im schlimmsten Falle gar Ruin einer ganzen Industrie, wenigstens zahlreicher Existenzen haben und drüben.

Ein typisches Beispiel für die hier geschilderte Entwicklung einer zuerst kleinen Bewegung ist der jetzt schon vier Monate dauernde Arbeitskampf in der sauerländischen Metallindustrie. Dieser von beiden Seiten mit zäher Energie geführte Kampf droht einer aufblühenden Industriegegend zum Verhängnis zu werden und beansprucht daher allgemeines Interesse. Wenn man die Entstehungsurache und weitere Entwicklung der Differenzen objektiv betrachtet und sich fragt: War ein solcher folgenschwerer Kampf notwendig? so wird man vom unparteiischen Standpunkt aus mit einem entschiedenen Nein antworten müssen. Worum hat es sich denn eigentlich gehandelt? Die Arbeitgeber sagen: Um einen von der christlichen Arbeiterorganisation angezettelten Machtkampf; der Verband habe die Wiedereinstellung eines entlassenen Vertrauensmannes erzwingen wollen. Dem steht die Darstellung des christlichen Metallarbeiterverbandes entgegen. (Siehe „Kölnische Volkszeitung“ Nr. 157, 1913). Für die Darstellung der Arbeiter spricht der Umstand, daß in den Forderungen der Arbeiter, die den Ausgangspunkt des ganzen Kampfes bilden, mit keinem Wort von der Wiedereinstellung des christlichen Verbandsmitgliedes die Rede ist, dem — nebenbei bemerkt — sofort vom Verband eine anderweitige Arbeitsstelle beschafft worden war. Die Arbeiter sagen: es handelte sich ursprünglich um bescheidene Lohnforderungen bei der Firma Schmöle u. Co., die schroff zurückgewiesen wurden und die Arbeitsniederlegung im Gefolge hatten. Es wurden gefordert für erwachsene männliche Arbeiter mit einem bisherigen Lohn unter 3,80 Mk. eine Zulage von 25 Pfg., für die unter 5 Mk. 20 Pfg. und die übrigen 10 Pfg. Zulage. Maßlos wird man diese Forderungen nicht nennen können, um so weniger als die Löhne der Arbeiter in den letzten fünf Jahren ziemlich die gleichen geblieben, während in der gleichen Zeit eine nicht geringe Steigerung der Lebenshaltung eintrat.

Die Firma Schmöle u. Co. glaubte aber jedes Entgegenkommen ablehnen zu müssen; dem Gedanken, mit der Arbeiterorganisation zu verhandeln, war die Firma überhaupt nicht zugänglich. Als dann etwa 70 Arbeiter in den Streik traten, verhängte der Arbeitgeberverband dessen Vorsitzender die bestreikte Firma ist, die Aussperrung wiederum ohne einen Versuch zur Verständigung mit der Arbeiterorganisation gemacht zu haben. Den ausgesperrten Arbeitern wurde dann der Revers mit dem Verzicht auf das Koalitionsrecht vorgelegt, was doch nur auf eine Schädigung und Zurückdämmung der Arbeiterorganisation berechnet sein konnte. So wurde die anfänglich einfache Bewegung mit anderen Fragen belastet und dadurch eine Verständigung erschwert. Auch der völlig Unparteiische, sozial Gerechtdenkende wird nicht umhin können, das unnachgiebige Verhalten der maßgebenden Unternehmer für die Schärfe und lange Dauer dieses Arbeitskampfes verantwortlich zu machen. Eine Härte war es, wegen so geringfügiger Lohnforderungen einiger 70 Arbeiter mehrere Tausend ganz unbeteiligter auszusperrten; und zweifellos unrecht war es, jede Verhandlung mit dem Arbeiterverband abzulehnen; desgleichen die wohlmeinenden Vermittlungsversuche unparteiischer Instanzen — Ortsbürgermeister, Alerus beider Konfessionen, Regierungsbehörde — zurückzuweisen. Dieses Verhalten der Mendener Arbeitgeber hat in weiten Kreisen deshalb noch besonders befremdend gewirkt, weil es sich fast ausschließlich um christlich gesinnte Unternehmer handelt, die hier im scharfen Kampfe gegen eine christliche Arbeiterorganisation stehen. Eine andere Bewegung der letzten Zeit, wo christliche Unternehmer und christliche Arbeiter sich gegenüberstanden, wir meinen die Differenzen in der Revelaerer Gebetsbücherindustrie, ist erfreulicherweise auf Grund gegenseitiger Verhandlungen durch eine Vereinbarung beendet worden, ehe größerer Schaden angerichtet war. Dasselbe sollte doch auch in Menden möglich sein. Die sauerländischen Metallindustriellen haben alle bisherigen Vermittlungsversuche mit der Forderung zurückgewiesen, daß der Arbeiterverband zuerst die Sperre über die Firma Schmöle u. Co. aufheben müsse. Den Arbeitern erscheint die Erfüllung dieser Vorbedingung nach einer viermonatigen Streikdauer als bedingungslose Niederlage, sie wollen deshalb nicht darauf eingehen.

Sollte denn da kein Mittelweg zu finden sein? Könnten die Unternehmer nicht gleichzeitig erklären, welche Zugeständnisse sie den Arbeitern im Falle der Aufhebung der Sperre machen wollen? Ein Ausgleich muß doch zu finden sein, wenn auf beiden Seiten etwas guter Wille vorhanden ist.

Hier macht sich wieder der Mangel einer Vermittlungsinstanz, die gesetzlich befugt und verpflichtet wäre, bei solchen Kämpfen einzugreifen, in fühlbarer Weise bemerkbar. Ohne die von beiden Parteien anerkannten Unparteiischen würden die jetzigen Tarifbewegungen in den eingangs erwähnten Gewerben zweifellos zu schweren Kämpfen führen. So ist wenigstens begründete Hoffnung für eine friedliche Verständigung vorhanden. Aber bei Bewegungen wie in Menden scheitern an der ablehnenden Haltung einer Partei alle Vermittlungsversuche, da wir gekämpft bis zum weißbluten oder gar bis zum Ruin einer ganzen Industrie. Man wird daher alle Bestrebungen nachdrücklich unterstützen müssen, die auf die Schaffung eines Reichs-einigungsamtes hinstellen. Hoffentlich wird diese Lücke in unserem Wirtschaftsleben bald ausgefüllt werden.

Bei der Aussperrung in Menden waren alle bisherigen Vermittlungsversuche erfolglos. Sollten höhere Regierungsorgane die Angelegenheit nicht für wichtig genug halten, ihren Einfluß zur Beendigung des Kampfes geltend zu machen? Wir denken an das Reichsamt des Innern oder den Oberpräsidenten der Provinz Westfalen. Ein Vermittlungsversuch von diesen Stellen hätte um so eher Aussicht auf Erfolg, als die Firma Schmöle u. Co. Lieferant der preussischen Meeresverwaltung ist. Das Amt nach einer baldigen Beilegung der Differenzen klinge wie ein Rohkrei durch das ganze sauerländische Industriegebiet. Unberechenbarer Schaden ist schon entstanden; wie soll es aber noch werden, wenn die streitenden Parteien nicht zusammengeführt werden! Hier eine Brücke zum gewerblichen Frieden zu schlagen, ist wahrlich des Schweißes der Edelsten wert.“

Arbeitsverhältnisse in der amerikanischen Eisen- und Stahlindustrie.

I. Ueber die in der Ueberschrift umschriebenen Verhältnisse hat das Handels- und Arbeitsamt der Vereinigten Staaten einen vierbändigen „Bericht“ vorgelegt, der wieder einmal das in der „Sozialen Praxis“ gelegentlich angewendete Wort vom „Amerikanismus“, zur Kennzeichnung der wahrhaft umfassenden Arbeiten der Vereinigten Staaten auf diesem Gebiete, rechtfertigt. Nach dem jetzt gedruckt in die Öffentlichkeit gegebenen ersten Bande zu urteilen — derselbe trägt schon das Datum des Jahres 1911 — schließt sich diese neue Wirtschaftsenquete den früher von derselben amtlichen Stelle veröffentlichten würdig an.

Der uns hier beschäftigende erste Band befaßt sich ausschließlich mit den Löhnen und der Arbeitszeit. Die statistische Aufnahme erfolgte im Monat Mai 1910; wie aber in der Einleitung des Berichts bemerkt ist, galten die damals gemachten Feststellungen auch noch im Dezember 1911, dem Zeitpunkt der Drucklegung des ersten Bandes. Wir begnügen uns einstweilen mit einem Auszug aus der in der Einleitung gegebenen Gesamtübersicht, und die gelegentliche Erörterung von Spezialergebnissen der Unterfuchung vorbehaltend. Der Bericht weist darauf hin, daß nach der vorliegenden statistischen Aufnahme eine stärkere Bewegung zur Aufhebung der sieben-tägigen Arbeitswoche eingesetzt habe und zwar mit steigendem Erfolg. Wir wollen bei dieser Gelegenheit an eine, im vorigen Jahre im „Sentralblatt der christlichen Gewerkschaften“ erschienene Mitteilung erinnern, wonach der bekannte und berühmte amerikanische Stahltrust durch seinen Direktor Richter (etw.), auf die Anregung zur Abschaffung der sieben-tägigen Arbeitswoche im Bereich der Trustwerke u. a. erwiderte:

„Unsere Antwort lautet dahin, daß wir weder gleichgültig noch selbstzufrieden den Arbeitsverhältnissen unserer Arbeiter gegenübersehen. Wir sind vielmehr bemüht, die Bedingungen mit der größtmöglichen Eile zu verbessern. Inzwischen hat sich die Arbeitszeit in den Stahlwerken dieser Gegend mit der ganzen Industrie organisch entwickelt und ist nicht durch uns festgesetzt, sodaß wir sie auf einmal nicht verbessern können. Jahr auf Jahr sind die Bedingungen aufgebessert worden, bis wir die Annahme hegen durften, daß unsere Angeestellten in großen und ganzen so gut behandelt würden, als diejenigen in irgend einer anderen Industrie und viel besser als je vorher in der Stahl- und Eisenindustrie...“

Eine Siebentagearbeit gibt es nicht mehr in unseren Fabriken, ausgenommen unter besonders bringenden Umständen, und damit hat auch die Bierundzwanzigstundenarbeit praktisch aufgehört. Während vielleicht die Hälfte der in Hochöfen und Walzwerken beschäftigten Leute eine Zwölfstundenschicht hat, die mehr oder minder durch Ruhepausen unterbrochen wird, arbeiten nur noch 25 Prozent aller Angestellten des Stahlstrahls 12 Stunden im Tage, und zwar beschränkt sich die Zwölfstundenschicht fast ausschließlich auf solche Gefäßfabrikationszweige, deren Arbeit eine ununterbrochene ist. In den meisten dieser Betriebszweige scheint es jetzt noch nicht möglich, die Zwölfstundenschicht durch eine Achtstundenschicht zu ersetzen."

Das Ergebnis der vorliegenden Untersuchung ist durch direkte Umfrage des Arbeitsamtes bei den Werken und durch teilweise, man möchte sagen: nach Art von Stichproben vorgenommene Kontrolle der Angaben durch entsprechend vorgebildete Beamte an Ort und Stelle zustande gekommen. Ausgeschlossen von der Enquete ist die große Bethlehem-Stahl-Compagnie, die kurz vorher der Gegenstand einer eigenen, besonderen Untersuchung des Amtes gewesen. Die Ergebnisse dieser Spezialuntersuchung lassen sich nicht mit berücksichtigen, weil zwischen ihr und der uns hier beschäftigenden Generalenquete eine Periode allgemeiner Lohnsteigerung lag. Es wurden aber annähernd 82 Prozent der in den verschiedenen Branchen der hier zur Untersuchung stehenden Industrie beschäftigten Arbeiter in ihren Verhältnissen erfasst. Es handelt sich bei diesen 82 Prozent um insgesamt 199 689 Arbeiter, von denen 172 706 an Hochöfen, in Stahl- und Walzwerken, sowie 26 983 in Stahlgießereien beschäftigt waren. Sie waren auf insgesamt 416 verschiedenen Werken in 29 Staaten verteilt, von denen 338 Hütten-, Stahl- und Walzwerke, und 78 bloße Stahlgießereien waren.

II.

Die wichtigste Maermeinbeobachtung ist diejenige, daß die Mehrzahl der Arbeiter in der in Rede stehenden Industrie einer außerordentlich langen Arbeitszeit unterworfen ist. „Der Mißstand des Siebentagebetriebes“ wurde besonders durch die Tatsache unterstrichen, daß er nicht etwa auf die Abteilung Hoch- und Schachtöfen, „wo eine metallurgische Notwendigkeit ununterbrochener Arbeit besteht“, beschränkt war — in dieser Abteilung arbeiteten nicht weniger als 88 Prozent der beschäftigten Leute sieben Tage in der Woche —, sondern auch in anderen Abteilungen, wo eine derartige Notwendigkeit nicht vorlag, wurde in weitem Umfange der Sonntag einfach und allgemein und unter die Arbeitstage eingereicht. Insbesondere auch an den Bessemer-Konvertiern, in den Schienenwerkstätten usw. geschah solches aus bloßen geschäftlichen Rücksichten. Der Bericht hebt die besondere Härte dieser Arbeitsweise bei der Ausdehnung des Arbeitstages auf 18—24 Stunden regelmäßig zur Zeit des Schichtwechsels hervor. Mit erfreulicher Entschiedenheit wird die Möglichkeit der Abschaffung dieses Mißstandes, abgesehen vielleicht von den Hochöfen, angeregt. Und selbst bezüglich der Hochöfen heißt es, daß hier eigentlich doch nur „der Wunsch zur Kostenersparnis in der Produktion“ die Einführung eines wöchentlichen Ruhetages für jeden Arbeiter bisher verhindert habe.

Was „aktuell“ mutet uns die nachfolgende Darstellung an, erinnert sie doch an die Diskussion, die nach Wiesberts Referat auf dem letzten Verbandstage unserer Organisation stattgefunden hat:

„Im Laufe der Untersuchung haben die Betriebsleiter in ihrer Unterhaltung mit den Beamten des Büros (des Arbeitsministeriums) häufig die Tatsache herausgearbeitet, daß die Männer, die eine so lange Arbeitszeit haben, durchaus nicht während der ganzen Zeit beschäftigt waren. Das trifft gewiß in größerem Umfange zu; indessen sind doch die betreffenden Männer während der ganzen Zeit arbeitsverpflichtet und müssen sie Anweisungen gewärtigen, während sie, von seltenen Ausnahmen abgesehen, kein Recht zum Verlassen des Betriebes haben. Es sollte doch nicht über-

sehen werden, daß es sich hier nicht allein um den Charakter oder die Beständigkeit der Arbeit, sondern auch darum handelt, daß der Zwölfstundenarbeiter die Hälfte jedes vierundzwanzigstündigen Tages — d. i. mehr als drei Viertel der Zeit, während deren er wach ist — unter der Arbeitspflicht stehend im Betrieb zubringt, was für den Arbeiter und seine Familie von größter Bedeutung ist. Die Unternehmer haben nichts unternommen noch auch Vorschläge gemacht, um den Prozenttag der 72 oder mehr Stunden pro Woche arbeitenden Leute herabzumindern. Es ist in dieser Untersuchung festgestellt worden, daß nahezu 43 Prozent von den 173 000 in der Eisen- und Stahlindustrie beschäftigten Arbeitern mindestens 72 Arbeitsstunden wöchentlich auf sechs Tage in der Woche hatten. Dieses Verhältnis bleibt unverändert, indem es nicht von dem Plan getroffen wird, denjenigen Leuten, welche 84 Stunden in der Woche arbeiten, einen Ruhetag auf je 7 Tage zu gewähren.

Die hier beschriebenen Arbeitsverhältnisse erhalten eine erhöhte und für die Eisen- und Stahlindustrie charakteristische Bedeutung, wenn in Betracht gezogen wird, daß in anderen Industrien schon seit Jahren die allgemeine Tendenz auf einen kürzeren Arbeitstag geht. Schon vor Jahren ist der Zehn- oder Neunstundentag (sozusagen zu einem Standard (das heißt: zum normalen Arbeitstag) geworden; seit jener Zeit haben weitere Herabsetzungen den Arbeitstag auf 9 Stunden und in vielen Fällen auf 8 Stunden gebracht, und diese weitere Herabsetzung wurde wohl auch noch von einem Teiltruhetag am Samstag begleitet. Es ist daher ein auffallender Gegensatz zu dieser allgemeinen Tendenz in anderen Industrien, wenn man in einer großen, sozusagen fundamentalen Industrie, wie es hier in diesem Bericht besprochene Teil der Eisen- und Stahlindustrie ist, feststellen muß, daß etwa nur 14 Prozent von 173 000 Arbeitern weniger als 60 Stunden pro Woche und fast 43 Proz. 72 Stunden und mehr pro Woche arbeiten.“

III.

Als ein weiteres Charakteristikum der Arbeitsverhältnisse in der amerikanischen Eisen- und Stahlindustrie wird der große Anteil ungelernter Arbeiter bezeichnet. Und zwar werden diese ungelernten Arbeiter in sehr großem Umfange aus der Masse der frisch anlangenden Einwanderer genommen. Wenn man die Industrie als Ganzes nimmt, so waren kaum weniger als

die Hälfte von den 91 463 Arbeitern in den eigentlichen produktiven Beschäftigungen der Eisen- und Stahlindustrie (solche also, die nicht in Nebenbetrieben beschäftigt waren), die in dieser Untersuchung eingeschlossen sind, Angehörige der Kategorie der ungelerten Arbeiter. Allein in der Hoch-(Schacht-)Ofenabteilung waren mehr als 2/3 von 24 722 produktiv tätigen Arbeitern ungelernete. Und zwar zu einem großen Teil solche, die weder englisch sprechen noch verstehen.

Faßt man die in allen Beschäftigungsarten der Industrie tätigen Arbeiter zusammen, so ergibt sich, daß nahezu 60 Prozent im Auslande geboren waren, und fast 2/3 von diesen letzteren aus slavischen Rassen hervorgingen. Bemerkenswert ist diese Feststellung der Untersuchung: Die ungelernete Form der Arbeit in der Eisen- und Stahlindustrie nimmt nach den Feststellungen der Sachverständigen noch zu, und zwar auf Kosten der hochgelerten Arbeiter dieser Industrie, was zur Folge hat, daß der Durchschnittslohn immer mehr auf der Grundlage der Bezahlung der ungelerten Arbeiter festgesetzt wird. Der Bericht meint hierzu, daß diese Tendenz wahrscheinlich kaum abnehmen werde, weil jedes Jahr zu einer größeren Anwendung von Maschinen führe, welche die Beschäftigung ungelerner Arbeiter gestatte.

Diese Bemerkung steht in einem gewissen Gegensatz zu den Ergebnissen der Untersuchung, welche der bekannte Prof. Kammerer von der technischen Hochschule in Charlottenburg in Deutschland gemacht hat. Kammerers Untersuchungen gipfeln bekanntlich in dem Satz: „Am letzten Ende fährt diese Entwicklung überall zur Aufzucht des Handlangers.“ Daraus folgerte Kammerer weiter: „In gleicher Weise wird man aus der Erkenntnis der jüngsten maschinentechnischen Entwicklung die Schlussfolgerung ziehen dürfen, daß die industrielle Zukunft nicht dem Staat mit der größten Einwohnerzahl, sondern dem Staat mit der intelligentesten, tüchtigsten und bestausgebildeten Bevölkerung gehören wird.“

IV.

Nunmehr einige allgemeine Bemerkungen zu den Löhnen (wir rechnen den amerikanischen Cent zu 4,2 Bfg. um): Von der Gesamtsumme der 172 706 Arbeiter verdienten 13 868 oder 8,03 Prozent weniger als 58,8 Bfg. pro Stunde (der an Hilfsarbeiter abzutretende Betrag ist hier abgerechnet), 20 527 oder 11,89 Prozent ver-

Gesamttabelle über Stundenlöhne und Arbeitszeit nach Industriezweigen.

Industriezweig *)	Zahl der Betriebe	Zahl der Arbeiter	Stundenlöhne			Wöchentliche Arbeitszeit			Prozenttag der durchschnittlichen 7 Tage pro Woche pro beschäftigten Arbeiter
			Prozenttag der Arbeiter mit einem Stundenlohn von			Prozenttag der Arbeiter mit einer wöchentlichen Arbeitszeit von			
			weniger als 67,2 Bfg.	weniger als 75,6 Bfg.	105 Bfg. und darüber	84 und mehr Stunden	72 und mehr Stunden	60 Stunden und weniger	
Hoch- (Schacht-) Ofen	156	31 354	31,70	65,96	7,70	62,79	68,55	10,71	87,88
Stahl- und Walzwerke:									
Bessemer-Konverter	24	5 618	13,88	47,03	26,36	18,08	65,61	17,84	24,07
Offene Herdöfen, (Marsöfen usw.)	80	14 618	20,04	48,80	23,75	23,65	76,29	8,07	30,20
Rundelwerke und Schmelzriegel	58	7 489	17,53	27,29	51,46	—,65	3,85	72,47	1,42
Walzwerke	212	43 631	15,88	40,25	32,45	8,28	40,68	31,23	10,00
Röhrenwerke	12	4 252	8,77	47,81	11,71	1,55	3,71	65,85	1,93
Insgesamt Stahl- u. Walzwerke	212	75 608	16,30	41,61	31,03	10,85	43,69	31,79	13,65

*) Der Bericht bemerkt hierzu: „Die Klassifikation der einzelnen Abteilungen und Beschäftigungen war mit großen Schwierigkeiten verbunden und zwar namentlich aus drei Gründen: 1. In wenigen Industrien gibt es ein so weitgehend unterchiedenes Produkt, das mittels so vieler verschiedenen Prozesse hergestellt werden kann; das trifft in solchem Umfange zu, daß jede hier vorgesehene Abteilung fast eine Industrie für sich ist. 2. In wenigen Industrien findet man Betriebe, die dasselbe Produkt herstellen, wobei dieses aber so außerordentlich verschieden ist, je nach Form und Art der

Ausführung und der Bearbeitungsmethoden. 3. In keiner Industrie besteht eine so komplizierte und verwirrende Terminologie (Namengebung), wie in der Eisen- und Stahlindustrie. Art der Beschäftigung, Werkzeuge, Arbeitsarten und selbst ganze Werke sind oft unter gänzlich verschiedenen Namen in zwei Betrieben an demselben Ort benannt; oder aber, was noch verwirrender ist, dasselbe Wort wird selbst in einer einzigen Abteilung zur Bezeichnung zweier ganz verschiedener Gebirgsfänge, die außerhalb ihres eigentlichen Zusammenhanges nicht auseinandergehalten werden können, verwendet.

Ueber die Entstehung der gußeisernen Zimmeröfen.

Schluß.

Von älteren Ofenarten sind besonders zu erwähnen der Bessemer-Ofen (für Bräuterei), sowie der Feilmische Ofen, wegen der guten Wärmeisolation darin. Während der Bessemer-Ofen ohne Rauch im Gebrauch war, wurden andere Systeme mit Hoehren versehen, damit sich die Hitze vom Feuer absondern und auch Luft dadurch eindringen konnte. Ferner wurde nun immer mehr und mehr durch Ventilationsvorrichtungen der atmosphärischen Luft Zutritt zum Feuer gestattet, wodurch ein besseres Brennen derselben und dadurch erhöhter Heizeffekt herbeigeführt wurde.

Um die Mitte des 19. Jahrhunderts konnte man wieder ganz verschiedenartige Sorten Ofen, und zwar solche sehr oft in Säulenform, wobei der Ofen aus einem Stück, gleich einem Rohr geformt und gegossen wurde. Diese Sorten Ofen nannte man daher auch Säulenöfen. Zu derselben Zeit waren auch die sogenannten Kaminöfen, Stegen- oder Eremitagen-Ofen modern und im Gebrauch. Ähnliche hier genannten Ofenarten waren für Holzfeuerung mehr oder weniger mit Ventilation eingerichtet und hatten noch den Nachteil, daß sie häufig der Wartung bedürftig waren.

Im 19. Jahrhundert begann für die Ofenindustrie eine neue Epoche. Man ging nämlich dazu über, die Hoehren so einzurichten, daß darin nicht allein Holz, sondern auch Eisenlösen als Brennmaterial Verwendung finden konnten. Diese eignen zur Steinlohlenfeuerung konstruierten Ofen, waren mit hohen Füllhöhen oder Schächten, sowie auch vielfach mit Kohlenröhren versehen. Daher nannte man auch diese neuen Ofenart Füll-, Schacht- oder Regulier-Ofen. Hierbei war nun von ganz besonderem Werte, daß diese Ofen durch wenig Wartung gegenüber jenen mit Holzfeuerung bedürftigen ein weiterer hervorragender Vorteil war auch noch damit erzielt, daß das Feuer darin bei einiger regelmäßiger Reinigung

von Schlacke und dem Nachfüllen von Kohlen unter Umständen längere Zeit hindurch ständig angehalten werden konnte.

Auch ließ sich dabei durch die an den Treppen- oder Hängetrost- und Nischenfüllern angebrachten Zug-Regulierschieber oder Klappten, die Luftzuführung zum Feuer und damit das Brennen desselben bzw. die Wärmeerzeugung ziemlich genau regulieren. Weiter wurden bei diesen Regulier-Füllöfen auch die Innenwände mit Schamottstein-Ausmauerung versehen. Der Zweck dieser Anordnung war, daß die durch Steinkohlenfeuerung erzeugte Glühhitze nicht wie vormals, direkt nach außen wirken konnte, denn die starke Wärmeabstrahlung war lästig und ungesund.

Durch die Steinmauerung fanden auch die eisernen Ofenplatten, die schon lange nicht mehr wie im Mittelalter, 1/2 Zoll stark, sondern höchstens in 3—5 Millimeter Wandstärke gegossen wurden, entsprechenden Schutz vor Einwirkung der Hitze. Im weiteren Verlauf man dann die Regulier-Füllöfen ebenfalls wie die sogenannten Wind- und Kachelöfen mit verschiedenartig angeordneten Zug- und Wärmereservationskanälen und Einrichtungen.

Bei nun Gelegenheit hatte, die Vorteile dieser neuen Ofenart kennen zu lernen, verwarf die alten Ofensorten. Dadurch nahm denn auch die Ofenindustrie einen gewaltigen Aufschwung. Es kam nun noch der Umstand hinzu, daß in dieser Zeitperiode auch die Gründungszeit der Eisengießereien bzw. Umwandlung der Eisenhüttenwerke mit Hoehofenbetrieb in Gießereien mit Kanolofenbetrieb fällt. Von diesen wurde vielfach dann die Ofenfabrikation, die bis dato noch in bescheidenem Maße hauptsächlich auf Eisenhüttenwerken heimisch war, aufgenommen.

In den 80er und 90er Jahren des 19. Jahrhunderts kam dann die Ofenindustrie zur Blüte. Man brachte nämlich neue Formen und Formen in Aufhebung an alle jeweiligen Maschinenbauwerke auf den Markt. Hauptächlich wurden aber die Ofen in dem seiner Zeit vorherrschenden deutschen Bauweise über und über verbessert, sowie auch in allen wesentlichen Teilen hergestellt.

In späteren Jahren wieder und zwar zu Anfang des 20. Jahrhunderts wurde sodann der Jugendstil modern und die Ornamentik und Modelle der Ofen darin gehalten. Auch wurden in den letzten Jahrzehnten speziell an den Zug-Regulierborrichtungen zwecks Erzeugung hoher Heizeffekte ganz hervorragende Verbesserungen geschaffen.

Insonderheit hat sich nun eine gewisse Art der Füllöfen bewährt und behauptet. Diese nannte man Dauerbrandöfen. Dieselben waren dadurch gekennzeichnet, daß hierbei wieder sehr hohe Füllhöhen und die Füllöffnungen oben in den Deckhäuben der Ofen angeordnet wurden. Ferner befanden sich in vertikaler Richtung der Schamotte-Ausmauerung hohle, kehlartige Nischen, wodurch die Schwefelgase ihren Weg nehmen und mit Zufuhr von atmosphärischer Luft zur Verbrennung gelangen konnten.

Bei dieser Art Dauerbrandöfen begegnete man besonderen Marken wie z. B. Germanen, Markomanen, Riesner usw. Ofen und so auch den Deutschen und Weidingerischen Füllöfen, sowie dem Kaiserlauterer Schachtöfen. Ganz besonders beliebt war auch der Löhnhöfische sowie der Cadeoer. Letzterer ist ein französischer Kaminofen, speziell für Anthrazitlohlenfeuerung eingerichtet.

Für die Heizungsrechnung waren die mit der Konstruktion der Regulierfüll- bzw. Dauerbrandöfen erzielten Erfolge ein wahrer Triumph, denn in ökonomischer Beziehung d. h. durch die damit erzielten Ersparnisse und Verwertung selbst minderwertiger Brennstoffe waren außerordentliche Vorteile aufzuweisen. Bezüglich Rußbarmachung der erzeugten Wärme, die ca. 70—80 und 90% beträgt, und so auch in hygienischer Hinsicht waren unverkennbare Fortschritte gemacht worden und zeichnete sich hierin besonders der Dauerbrandöfen amerikanischen Systems aus.

Auch auf die äußere Ausstattung der Ofen, die bisher nur in primitivem oder gepolstem Anstrich hauptsächlich in den Handel gebracht wurden, legte man mehr Wert. Es wurden die Beschlagteile daran z. B. Türen, Befestigungs- und Griffe vernickelt. Hauptächlich wurde zu Ende der 70er

bienten 58,8 Pfg. und unter 67,2 Pfg. pro Stunde, sowie 51 417 oder 29,77 Prozent 67,2 Pfg. und unter 75,6 Pfg. Insgesamt verdienen also 85 812 oder 49,69 Prozent aller Arbeiter weniger als 75,6 Pfg. pro Stunde. Zwischen 75,6 Pfg. und 105 Pfg. pro Stunde verdienen 46 132 oder 26,71 Prozent der Arbeiter, während 40 762 Arbeiter oder 23,61 Prozent mehr als diesen Betrag stündlich verdienen. Einige wenige hochgelernete Arbeiter erhalten 5,25 Mark pro Stunde; diejenigen, die 2,10 Mark und mehr pro Stunde verdienen, besitzern sich auf 4 403 Arbeiter oder 2,55 Proz. des Gesamtanteils.

Der Bericht macht dazu noch folgende Anmerkungen: Im allgemeinen kann gesagt werden, daß Verdienste von 75,6 bis 105 Pfg. pro Stunde auf die halbgelernten Arbeiter entfielen, während diejenigen, welche 105 Pfg. und mehr stündlich verdienen, zu den gelerneten Arbeitern gehören. Der Durchschnittssatz, welcher für ungelernete Arbeiter im Neuenlandbezirk entrichtet wird, stellt sich auf 63 Pfg.; im Osten beträgt er zwischen 54,6 und 58,8 Pfg.; in der Gegend von Pittsburg, wo die Werke des großen Stahlwerks liegen, zwischen 67,2 und 71,4; die übrigen Bezirke halten sich in der Mitte dieser Sätze, während im Süden die Löhne bis auf 42 Pfg. und ein Weniges darüber heruntergehen. Bei einem Vergleich mit Deutschland muß an die viel höheren Lebenskosten in Amerika gedacht werden. Die Berichte, namentlich auch aus einzelnen Bezirken der amerikanischen Stahl- und Eisenindustrie, weisen, trotz dieser in Deutschland hoch erscheinenden Löhne, vielfach ein grauenhaftes Elend auf. Dazu kommt, daß in der amerikanischen Industrie zum Teil Arbeitsmethoden in Geltung sind, welche man mit Recht als ein „System zur Auspressung der Menschenkräfte“ bezeichnet hat.

Zum Schluß dieser allgemeinen Uebersicht verweisen wir auf die Tabelle, die weiter keine Erklärungen bedarf. Wir möchten nur aufmerksam machen auf die sowohl in der Entlohnung wie in der Arbeitszeit bestehenden verhältnismäßig großen Unterschiede. Im übrigen ist es erfreulich, daß auch das Arbeitsamt der Vereinigten Staaten es nicht in der Ordnung findet, daß in einer fundamentalen Industrie, wie es die Grobeisenindustrie ist, abgesehen von den Hochöfen, noch 43 Proz. der Arbeiter 72 bis 84 Stunden und mehr pro Woche beschäftigt werden. Das bekräftigt uns in der Auffassung, daß auf dem Wege internationaler Verständigung die Forderungen des christlichen Metallarbeiterverbandes in Sachen eines weitergehenden Schutzes der Arbeiter der Schwerindustrie sehr wohl verwirklicht werden können. Th. W., Köln.

Volkswirtschaftliche Rundschau

Es ist leicht erklärlich, daß die gespannte internationale Lage in Verbindung mit der außerordentlich starken Ausprägung des Weltmarktes durch aus- und inländische Anleihen nicht gerade behebend auf die Unternehmungskraft einwirken. Wenn wir nun auch diesen hemmenden Momenten in unserem Wirtschaftsleben volle Würdigung wiederfahren lassen, so liegt doch kein Anlaß vor zu unmäßiger Schwarzseherei. In den letzten Tagen ist unzweifelhaft eine Entspannung der internationalen Lage erfolgt; die Hoffnung ist in weiten Kreisen verbreitet, daß in absehbarer Zeit wieder ruhige und sichere Zustände eintreten, sodaß die Konjunktur einen erneuten weiteren Aufschwung nehmen kann. Die Geldknappheit mit ihrer Begleiterscheinung kann hier insofern regulierend einwirken, als sie einer übertriebenen und allzu hastigen Spekulationen Grenzen zieht und damit eine Ueberstimmung der Konjunktur mit dem kritischen Niedergang verhindert.

Uebereinstimmend wird von den verschiedenen Eisenmärkten von einer gewissen Zurückhaltung der Verbraucher berichtet, doch sind die Werke voll und gut beschäftigt. Es muß hier berücksichtigt werden, daß das Baugewerbe, das schon während des ganzen Jahres darniederlag, infolge des Frostwinters eine weitere Verschlechterung erfahren hat. Auch wirkt die Ungewißheit über die Erneuerung der am 1. April ablaufenden Tarifverträge im Baugewerbe nicht gerade anregend für die Erteilung von neuen Aufträgen. Die großen gemischten Werke sind nicht nur wegen ihrer technischen Vollkommenheit in einer bedeutend günstigeren Lage als die reinen, von denen vielfach über ungenügende Preise geklagt wird, da sie die Rohstoffe zu teurer einkaufen müssen.

bezw. Anfang der 80er Jahre verflorenen Jahrhunderts damit der Anfang gemacht. Man stellte auch Versuche mit Brennfärbem an und es gelang, Farben mittels Pinakel auf die Ofenplatten aufzutragen, die der Einwirkung von Gluthitze ausgesetzt wurden und derselben widerstanden. Dies waren die ersten Anfänge des Emailierverfahrens, was wohl heute keine Ofenfabrik mehr entbehren könnte. Nach vielen Versuchen gelang es dann nach und nach das Emailierverfahren für Guß zu vervollkommen. Hauptächlich werden nun die Ofen heute mittels Majolita-Emaille dekoriert, welches Verfahren sich besser als das Aufstrichverfahren mittels Pinakel bewährt und auch bedeutend billiger stellt als jenes. Man ist heute soweit vorgeschritten, Majolita-Emaille für Gußeisen in allen denkbaren Farben von größter Haltbarkeit herzustellen.

Es ist nun aber auch noch zu erwähnen, daß in den letzten Jahren nicht allein nur in einem Zweige der Heizungstechnik und zwar dem Kohlenfeuerungsstystem Fortschritte gemacht wurden, sondern daß man auch mit anderen Brenn- und Heizmitteln Versuche anstellte und Erfolge erzielte. Hauptächlich sind die mittels Elektrizität, Gas und Dampf erzielten außerordentlichen Heizeffekte zu erwähnen und ist damit großes geleistet worden. In verschiedenen Fabriken werden denn auch elektr. Heiz-, sowie Gasheiz- und Kochapparate in verschiedenen Arten und Systemen hergestellt. In Bezug auf Hygiene verdient die Heizung mittels Elektrizität wohl den Vorzug, da hierbei weder Staubentwicklung noch Gasauscheidungen vorkommen. Wohingegen bei der Gasheizung bezw. Verbrennung eine Auscheidung von schwefeliger Säure stattfindet, die der menschlichen Gesundheit sowie auch dem Wachstum von Zimmerpflanzen nachteilig ist. Elektrische Heiz- und Kochapparate stellen sich jedoch in der Herstellung noch sehr teuer, weshalb auch diese Heizungsart nur in verhältnismäßig geringem Prozentsatz eingeführt ist, während sukzessive Ofen noch den Vorzug haben.

Der Roheisenmarkt hat weder in seiner vorzüglichen Beschäftigung, noch in den Stand seiner Preise eine Veränderung erlitten. Die Werke sind noch so stark beschäftigt, daß z. B. der luxemburgische Erzmarkt nicht imstande ist die ganze Nachfrage zu befriedigen, besonders da ja verhältnismäßig wenig Eruben noch im Besitz von Nicht-Hüttenleuten sind. Ein weiterer Beweis für die vorzügliche Lage des Roheisenmarktes ist die Einschränkung der Ausfuhr durch den Roheisenverband und der Anlauf englischen Roheisens, um die Verpflichtungen im Auslande zu erfüllen. In der kürzlich stattgefundenen Hauptversammlung wurde doch von einer Erhöhung der Preise für das zweite Halbjahr 1913 abgesehen. Die Ausfuhr von Roheisen hat denn auch im Januar eine Abnahme gegen Dezember erfahren; sie ist von 87 024 t. auf 78 831 zurückgegangen.

Dem Verband des Stahlwerkverbandes nach zu schließen, kann man gar nicht auf die Vermutung einer geringeren Unternehmungslust kommen; er hat im Januar mehr betragen als im Dezember 1912. Auffallend ist, daß der Verband an Halbzeug zurückgegangen ist, der an Eisenbahnmateriale und Formeisen ist dagegen nicht unbeträchtlich gestiegen. Die Lage des Marktes in den genannten Produkten wird als außerordentlich günstig geschildert, das gilt besonders von schwerem Eisenbahnmaterial, in dem nun sämtliche deutsche Bahnbewirtschaftungen ihre Aufträge eingegeben haben. Der Markt in Halbzeug liegt nach wie vor günstig; auffallend ist nur der starke Rückgang der Ausfuhr, die im Dezember über 80 000 Tonnen, im Januar 57 000 Tonnen betragen hat.

Die stärkste Zurückhaltung mit der Erteilung neuer Aufträge wird wohl in Stabeisen gelbt. Die Werke sind aber noch mit früheren Aufträgen voll beschäftigt. Neuerdings hört man wieder von der Absicht der Werke, gewisse Vereinbarungen zu treffen. Einweisen hütet man sich jedoch noch ängstlich, das Wort Syndikat oder Konvention auszusprechen. Was bei der Besprechung herankommen wird, ist durchaus zweifelhaft. Nach dem Vorausgegangenen wird man wohl nicht allzu viel erwarten dürfen. Die Erneuerung des Walzdrahtverbandes ist bisher noch um keinen Schritt weiter gekommen, dagegen scheint es, als ob die Errichtung eines Röhrensyndikats greifbare Formen angenommen habe. Auf Veranlassung des Phönix fand in letzter Zeit eine Versammlung der Röhrenwerke statt, an der auch die Mannesmann-Röhrenwerke teilnahmen. Diese sollen ihre ablehnende Haltung gegen die Bildung eines Syndikats aufgegeben haben. Die Lage am Röhrenmarkt wird als ruhiger geschildert. Der Verband von Berliner Eisenwerkstätten ist in letzter Zeit bis 31. Dezember 1914 erneuert worden.

Eine sehr gute Beschäftigung wird aus der Solinger Waffenindustrie gemeldet, da unsere Heeresverwaltung große Aufträge erteilt hat. Auch Argentinien und Brasilien sollen mit großen Bestellungen herangezogen sein. Recht Günstiges wird auch aus der Werkzeugmaschinenfabrikation gemeldet, deren Ausfuhr besonders im Jahre 1912 außerordentlich befriedigend war. Dagegen lauten die Berichte aus der Kleinereisenindustrie nicht sehr zusehnd. Hier scheint der Balkankrieg doch Schaden angerichtet zu haben. Einige Werke, die in erster Linie für die Ausfuhr arbeiten, haben Betriebserschwerungen eintreten lassen. Besonders scheint die Schloßindustrie getroffen zu sein. Daß auch in Haubedarsartikeln die Lage nicht besonders glänzend sein kann, ergibt sich aus der oben geschilderten Lage des Baugewerbes von selbst.

Fusionen und Interessengemeinschaften sind in unserer Industrie nichts seltenes. Die bestehenden Rohstoffkartelle, von denen große Zweige unserer Industrie abhängig sind, beschleunigen diese Tendenz zweifellos. Die letzte Interessengemeinschaft, die geschlossen wurde, ist die zwischen den Vereinigten Stahlwerken Burbach-Sich-Dübelingen und dem Schwedler Bergwerksverein. Der Grund der Angliederung liegt in dem Bestreben der Stahlwerke, sich im Kohlenbezug von jedem Dritten, insbesondere natürlich dem Kohlenyndikat, unabhängig zu machen. Die Interessengemeinschaft wird auf 30 Jahre geschlossen, und die Stahlwerke haben das Recht, sie nach Ablauf auf weitere 30 Jahre zu erneuern. In dem Vertrag gibt der Schwedler Bergwerksverein seine Selbständigkeit so ziemlich auf. Nicht mehr die eigenen Betriebsergebnisse sind maßgebend für die Gewinnverteilung, sondern die Vereinigten Stahlwerke garantieren den Schwedler Aktien bis 1920 eine Verzinsung von 12 Prozent und für die restlichen 22 Jahre eine solche von 14 Prozent.

Es ist charakteristisch für die Lage in der Metallindustrie, daß sich auch im industriellen Ausland in gewissen Zweigen eine Abwärtsbewegung bemerkbar macht. Die Rohstoffmärkte liegen alle vortrefflich, mit Ausnahme der Vereinigten Staaten, wo auf dem Roheisenmarkt ein starkes Abflauen sich bemerkbar macht. Ueberhaupt wird das amerikanische Wirtschaftsleben in letzter Zeit wieder stark beunruhigt. Abgesehen von der drohenden Tarifrevision, tragen auch die Trußprozesse nicht gerade dazu bei, die wirtschaftliche Lage zu befestigen. In den Aufträgen des Stahlwerks ist ein kleiner Rückgang eingetreten, und zwar von 7,9 Mill. Tonnen im Dezember auf 7,8 im Januar. Aus Frankreich und Belgien hören wir von einer stärkeren Zurückhaltung in unserer Industrie. Die Rohstoffmärkte, vor allem der Roheisenmarkt selbst, befinden sich jedoch in vorzüglicher Verfassung, aber in Stabeisen z. B. herrscht eine ähnliche Lage wie bei uns.

Die Arbeitsverhältnisse auf dem Weichblechwert Wiffen (Sieg).

Als vor Jahren in dem schönen Sieglädtchen Wiffen, das übrigens für die Geschichte der deutschen Eisenindustrie eine historische Bedeutung hat, fund wurde, die Firma Vereinigte Stahlwerke von der Hynen und Wiffener Eisenhütten-Aktien-Gesellschaft beabsichtigte dort ein Weichblechwerk zu errichten, herrschte Freude unter der dortigen Arbeiterschaft. Denn viele Arbeiter mußten damals entweder die heimliche Scholle verlassen, oder tägliche Eisenbahnfahrten und lange Fußtouren unternehmen, wenn sie Brot und Verdienst finden wollten. Somit war dort wenig Arbeit vorhanden und die Verhältnisse auf dem Hüttenwerk sorgten auch dafür, daß auswärts Arbeit aufgesucht wurde. Der Bau des Weichblechwerkes für circa 5 Millionen Mark hat nun eine Veränderung geschaffen. Für den Ort Wiffen und seine Umgegend bedeutete er einen wirtschaftlichen Aufschwung und für die Arbeiter Erwerbsmöglichkeit am Orte.

Auch aus volkswirtschaftlichen Gründen heraus war die Errichtung des Werkes nur zu begrüßen. So bezog Deutschland noch im Jahre 1911 aus England 42 700 Tonnen

Beichblech. Die Leistungsfähigkeit des neuen Werkes in Wiffen soll allein 20 000 Tonnen betragen. Damit ist also der deutschen Volkswirtschaft ein nicht zu unterschätzender Wert zugeführt worden. Und billiger muß die deutsche Herstellung des Weichblechs schon werden, als die englische. Denn England benötigt dazu den sogenannten deutschen „Stangenstahl“. Im Jahre 1911 führte Deutschland dorthin 323 000 Tonnen von diesem Eisen aus.

Diesen Vorteilen gegenüber sind auch die Schattenseiten nicht ausgeblieben. Kaum war das Werk eröffnet, als die Arbeiterschaft in Folge erheblicher Lohnabzüge eines Tages einmütig „die Broden hinwarf“, worüber an dieser Stelle berichtet wurde. Mittlerweile griffen nun die Organisationen ein. Eine durchgreifende Aufräumarbeit wurde seither namentlich vom christlichen Metallarbeiterverband geleistet und kam damit die Vertretung der Arbeiterrechte in geordneter Weise.

Mit der Entwicklung des Werkes haben die Arbeitsverhältnisse nicht Schritt gehalten; ja auf einzelnen Gebieten ist es eher schlechter wie besser geworden. Zustände haben Platz gegriffen, die nicht nur der Arbeiterschaft große Enttäuschungen bereiten, sondern auch dem Unternehmen keinen Nutzen bringen können. Trotz vielem Suchen nach Arbeitskräften ist es dem Werk nicht gelungen, den vollen Betrieb mit solchen zu besetzen, von auswärts zugezogene und einheimische Arbeiter haben in großer Zahl die Arbeit auf dem Werk angenommen — und sie nach mehr oder weniger kurzer Zeit wieder verlassen. Ein solch starker Arbeiterwechsel kann für einen Betrieb, der doch in der Hauptsache eingearbeitete Leute haben muß, nicht von Vorteil sein. Es liegt deshalb im Interesse des Wertes selbst, wenn Reformen angebahnt werden, die zu andern Zuständen führen.

Die Regelung der Lohnverhältnisse ist wohl mit der dringendste Punkt in der gegenwärtigen Bewegung. Wenn anfänglich der Lohn nicht so hoch war, so ist die Arbeiterschaft damit getrostet worden, er werde sich steigern, wenn sie sich erst eingearbeitet hätte. Im allgemeinen sind diese Löhne aber nicht gestiegen, sondern eher noch gefallen. Die Sonntagsarbeit bildet einen weiteren Punkt der Beschwerden. Soweit sie nicht ganz umgangen werden kann, verlangen die Kollegen mit Recht einen Zuschlag von 50 Prozent. Sie hoffen von dieser Maßnahme, daß die Sonntagsarbeit auf das allerwenigste Maß beschränkt wird. Auch für Ueberstunden wird ein Zuschlag von 25 Prozent verlangt. Die Arbeit in dem Werk ist eine angelegente und ungesund; namentlich auch in der Verzinnerei. Die Kranken- und Unfallziffer reißt hier eine deutliche Sprache. Es ist somit nicht mehr als recht und billig, wenn dem Arbeiter für die gekürzte Zeit seiner notwendigen Ruhe und Erholung eine Ertragsvergütung gezahlt wird. Das Strafsystem und die Behandlung, namentlich der einheimischen Arbeiter, gibt ebenfalls zu berechtigten Klagen Anlaß. Auch die Verhältnisse der jugendlichen Kollegen lassen manches zu wünschen übrig. Ueberhaupt liegen noch eine ganze Reihe kleiner Wünsche der Arbeiter vor, die bei einigem Entgegenkommen ganz erfüllt werden können.

Neuerdings war den Walzern wiederum ohne vorherige Ankündigung am Lohn abgezogen worden. Es wurden da wieder Stimmen laut, die Arbeit plötzlich niederzulegen. Die Organisationsleiter warnten eindringlich vor einem solchen Vorgehen und es steht zu erwarten, daß die Arbeiterschaft sich jetzt unter keinen Umständen mehr zu unüberlegten Schritten hinreißen läßt.

Von Interesse ist es, wie das Werk diesbezüglich zu der Arbeiterschaft steht. Obwohl die Firma in nicht weniger als sieben aus betannten Fällen von dem ihr zustehenden Solidaritätsrecht Gebrauch macht, erkennt sie die Organisationen der Arbeiter nicht an. Jedoch muß erwähnt werden, daß der Briefwechsel zwischen Firma und Arbeiterorganisationen wie auch der darauf erscheinende Anschlag höflich gehalten waren. Auch konnte man daraus entnehmen, die Firma wolle den Wünschen der Arbeiter entgegenkommen. Die gepflogene Verhandlung der Arbeiterkommission mit der Werkleitung ließ jedoch wieder auf einen Geinnungswechsel schließen. Sehr zu bedauern wäre es, wenn sich hier die maßgebenden Instanzen durch nebenhändige Umstände, oder auch durch das Tun einiger weniger Arbeiter verleiten ließen, die gesamten mehr als 700 Arbeiter dafür verantwortlich zu machen. Daß Letztere nicht kleinlich handeln, sondern schon manches verschluckt haben was zu berechtigtem Protest Anlaß gab, dafür liegen genug Beweise vor. Ein gleiches Entgegenkommen wäre dafür auch von der Werkleitung zu erwarten. Ueberhaupt wäre in einem modernen und so großzügig errichteten Werke auch den Arbeitern gegenüber etwas mehr gesunde Großzügigkeit am Platze.

Wo Rechte geltend gemacht werden, darf man auch von den Pflichten reden. Die christlichen Gewerkschaftler sind diesem Grundsatze nie unhold gewesen. Pflichtbewußtsein und Disziplin bringt schon die Betätigung in der Organisation mit sich. Wir wissen, daß diese auch in einem großen Betriebe notwendig sind. Was dann der Vorwurf anlangt, wir seien „hinterlistig“ vorgegangen, so trifft uns dieser nicht, da von unserer Seite alles geschehen ist, um die Differenzen auf friedlichem Wege auszugleichen. Es ist auch nicht verlangt worden, daß alles von heute auf morgen geändert werden soll. Wir sind weder Feinde des Unternehmens noch der Beamten. Kein rechtlich Denkender kann es uns deshalb aber auch verwehren wollen, wenn wir mit allem Nachdruck darauf hinarbeiten, daß die Rechte der Arbeiter gewahrt, bessere Zustände geschaffen und der christlichen Gewerkschaftsbewegung keine Knäpkel zwischen die Beine geworfen werden.

Das hier entrollte Bild zeigt den Metallarbeitern von Wiffen und Umgegend, wozu sie sich ausschwingen müssen: Der christliche Metallarbeiterverband hat in Wiffen in den letzten Tagen erheblichen Zuwachs bekommen. Jetzt gilt es, noch die Säumnigen für den Verband zu gewinnen. Also die Reihen gefahr! Reigen sich die Kollegen dann opferwillig für ihre eigene Sache, bleiben sie dauernd dem Verbande treu und üben in ihm eine lebendige Betätigung als Gewerkschaftler, dann wird auch hier in Wiffen die Lage der Metallarbeiter eine befriedigendere werden und bessere Verhältnisse lösen die Zustände von heute ab.

Allgemeine Rundschau

Wieder ein Streit der Metallgenossen zwecks Fortsetzung christlicher Arbeit.

Immer mehr kommt bei den Vertretern von „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit“ in der Praxis der Grundgedanke zum Ausdruck: „Willst du nicht mein Bruder sein, so schlag dir den Schädel ein!“ Geinnungszwang, brutale Miß-

Mittelung jeder anderen Ueberzeugung scheint immer mehr die Parole der Genossen auf gewerkschaftlichem Gebiete werden zu lassen. Wie unverkennbar und frech sie dabei zu Werke gehen, sehen wir schon im Falle Hilben, wo die Genossen allen Ernstes verlangten, die christlich organisierten Arbeiter sollten zur Erzwingung ihrer eigenen Entlassung mitwirken. Ein ähnlicher Vorgang spielt sich neuerdings in Stuttgart-F Feuerbach bei der Firma G. Schneider ab. Dort sind neben sozialdemokratisch organisierten auch christlich organisierte Metallarbeiter tätig.

Am 18. Februar 1913 wurden die sozialdemokratisch organisierten Arbeiterausführenden Emil Doh, Eugen Maier und Kaver Huber bei der Firma vorstellig und verlangten die Entlassung des Vertrauensmannes vom christlichen Metallarbeiterverband und Arbeitervereinsvorsitzenden Ullmer. Als Grund gaben sie an, Ullmer habe sich gegenüber Genossen Beleidigungen zuschulden kommen lassen, worauf sie nicht mehr mit ihm zusammenarbeiten wollten. Nun war der Hauptfall in Sachen dieser angeblichen Beleidigungen, die nur auf Provokationen seitens der Genossen zurückzuführen sind, vor dem Sühnamt in Feuerbach bereits dahingehend erledigt worden, daß sowohl der Genosse Doh wie auch Ullmer ihre Klagen gegen Genossenschaft mit dem Ausdruck des Bedauerns zurückgenommen. Da die Genossen übrigens die angeblichen Beleidigungen nur zum Vorwand nahmen, geht schon hervor aus folgendem: Bereits am Dreikönigsfest erklärten zwei Obergewerkschaften in einer Wirtenschaft, daß Ullmer und noch ein anderer christlicher Arbeiter „aus dem Betrieb hinaus müßten“, wenn es nicht so ginge, dann durch einen Streik.

Um die Antwort auf ihre terroristische Forderung zu haben, wurden am 20. Februar zwei Mitglieder des roten Arbeiterausführenden bei der Firma erneut vorstellig. Die Firma erklärte, daß sie dem Verlangen der Genossen nicht stattgeben werde, da die angeführten Gründe außerhalb des Betriebs lägen und ihre gerichtliche Erledigung gefunden hätten. Daraufhin reichten am 21. Februar 35 sozialdemokratisch organisierte Metallarbeiter, die sich bereits in einer Versammlung am 18. Februar unterschrieben dazu verpflichtet hatten, ihre Kündigung ein, traten am 22. Februar in Streik und stellten Streikposten vor den Betrieb.

So werden „sozialdemokratische Streiks“ gemacht! Die nicht außer Arbeit getretenen christlichen Arbeiter werden nun von den Genossen im Lande wahrscheinlich wieder als „christliche Streikbrecher“ verdächtig, und die Genossenschaft wird einen „neuen christlichen Streikbruch und Arbeiterverrat“ mehr für ihr gläubiges Publikum zum besten haben. Man sieht aber daraus, wie weit schon der Größenwahn und die Annahme in sozialdemokratischen Kreisen, daß der gewerkschaftlichen Erziehung, gebieten ist. Der rote Terror wird nachgerade zu einem Uebel, das die ernsthafte gewerkschaftliche Arbeit aufs schwerste bedroht. Kein Metallarbeiter, der es ernst mit der Vertretung seiner wirtschaftlichen Interessen meint, darf diesem gemeingefährlichen Treiben der roten Terroristen noch länger tatenlos zusehen. Im Gegenteil; durch tätige Mitarbeit im christlichen Metallarbeiterverband und durch die Heranziehung der vielen Tausende noch außerhalb stehenden Kollegen zu gleichvollenden und gleichstrebenden Mitkämpfern muß dem die Arbeiterinteressen schädigenden Treiben der roten Terroristen ein Ziel gesetzt werden.

Der Regulator als Zitatensammler.

Der „Regulator“ sucht neuerdings die Aufmerksamkeit seiner Leser von dem Hirsch-Dundersche Vertragsbruch und Arbeiterverrat in Stolberg dadurch abzulenken, indem er sich in möglichst gemeinen Anspielungen gegen die christlichen Gewerkschaften ergeht. Wie die Wahrheit dabei hergewartigt und die H.-D.-Leser dabei frech angeschwindelt werden, zeigt folgende Notiz aus Nr. 8 des Regulator, die wir als Probe Hirsch-Dunderscher Kampfesweise ganz hierher setzen wollen:

„Die Aufgaben der christlichen Gewerkschaften. Die christlichen Gewerkschaften geben an, gegründet zu sein, um die Arbeiterinteressen zu vertreten. Das scheint nur zum Teil so zu sein, denn einer ihrer ersten Führer sagte ja einmal bei Gelegenheit:

„Hätten sie (die christlichen Gewerkschaften) nur eine radikale Vertretung ihres Standes- (Arbeiter-) Interesses wie die Unternehmer haben wollen, hätten sie sich die Mühe und Arbeit sparen können, diese hätten sie in den sozialdemokratischen Gewerkschaften haben können.“

„Ei! also nicht nur Standes- (Arbeiter-) Interesses haben die christlichen Gewerkschaften zu wahren. Was denn noch? Vielleicht Arbeitgeberinteressen, wie beim abgemurksten Streik der Bergarbeiter an der Saar?“

Um diese dummdreiste Flegellei überhaupt vom Zaune brechen zu können, muß der Regulator „einem der ersten Führer“ der christlichen Gewerkschaften erst Worte in den Mund fällen, die dieser „einmal bei Gelegenheit“ gar nicht ausgesprochen hat. Warum nennt der Regulator nicht Mann und Pech? Nun, wenn er den betreffenden „Führer“ „Giesberts“ und die „Gelegenheit“ „Außerordentlich christlicher Gewerkschaftskongress in Wien 1912“ genannt hätte, hätte es sogar ein Teil der Regulatorleser auf Seite 59 des offiziellen Protokolls nachlesen können, daß sie von ihrem Organ in der gemeinsten Weise angeschwindelt wurden. Unverkümmelt und wortgetreu lautet das Zitat nämlich wie folgt (Giesberts wandte sich gegen die „St.-Berliner“ Unterstellungen):

„Der unserer Bewegung unterstellt, sie hätte die christlichen und religiösen Grundzüge außer Acht gelassen, der verkennt uns. (Sehr richtig!) Aus bloßen wirtschaftlichen Motiven heraus hatten wir nicht nötig, eine eigene Organisation zu gründen. Wenn es uns ausschließlich auf eine möglichst radikale wirtschaftliche Interessenvertretung angekommen wäre, so hätten wir die in der Sozialdemokratie finden können. Wenn wir uns aber von dem Klassenkampfgedanken emanzipierten und uns gegen den gewaltigen Strom sozialdemokratischer Verbeugung stellten, dann geschah das aus idealen Gründen, dann geschah das aus der Erkenntnis heraus, daß die Sozialdemokratie die Trägerin des modernen Unglaubens ist, daß, wo sie den Fuß hingestellt hat, die christliche Kulturbewegung absterben muß.“ (Lebhafte Zustimmung.)“

Der christliche Führer hat also etwas wesentlich anderes gesagt, wie der Regulator unterstellt. Die dummdreie Schlussfolgerung aber hätte sich das H.-D.-Organ auf jeden Fall besser erspart. Sehen doch die H.-D.-„Helbenaten“ z. B. in Stolberg eher nach Arbeitgeber als Arbeiterinteressenvertretung aus. Und wenn beim Streik auf der Schönbühnenwerk in Elbing im vergangenen Jahre der größte Teil der Hirsch-Dunderschen Mitglieder schon in den ersten Tagen elend um-

fiel, so wirft auch das kein besonders günstiges Licht auf die Hirsch-Dundersche Arbeiterinteressenvertretung. Jedenfalls aber haben die christlich organisierten Arbeiter in Danzig, Elbing u. s. w. und augenblicklich noch in Meiden durch die Tat bewiesen, daß es ihnen mit der Vertretung ihrer wirtschaftlichen Interessen ernst ist; mögen die H.-D.-Leute das den christlichen Arbeitern erst mal nachmachen. Bis dahin mag der Regulator vor der H.-D.-Türe stehen und beherrigen, daß man im Hause des Gehängten nicht vom Strick reden soll.

Eine Hirsch-Dundersche „Berichtigung“.

Zu der in Nr. 8 unseres Organs veröffentlichten Notiz „Hirsch-Dundersche Arbeiterfreundlichkeit“ erhalten wir die nachstehende drohliche, zum Teil verklärte und unleserliche hektographierte Berichtigung. Trotzdem der Witz mit dem § 11 des Preßgesetzes so wenig zu tun hat, wie eine Mundstümpfung mit dem Balkankrieg, wollen wir das Dokument zur Erheiterung unserer Leser nachstehend zum Abdruck bringen:

An die Redaktion „Der Deutsche Metallarbeiter“ in Duisburg, Seitenstr. 17.

Gemäß § 11 des Preßgesetzes verlangen wir die Aufnahme folgender Berichtigung in Ihre nächst erscheinende Nummer, an gleicher Stelle wo der Artikel „Hirsch-Dundersche Arbeiterfreundlichkeit“, in Nr. 8 vom 22. Februar 1913 erschienen ist, der uns jetzt erst bekannt wurde.

Es ist nicht wahr, daß wir unsere Genossenschafts-Zigarrenfabrik aus Profitgier von Hochenheim nach Weimen verlegten (Klez) die Arbeitslöhne dort billiger seien, da wir in Weimen die gleichen Arbeitslöhne bezahlen wie in Hochenheim. (Mindestlohn 7.50 Mark.)

Es ist nicht wahr, daß die Arbeiter die bei uns dort beschäftigt waren auf die Straße geworfen wurden, denn es sind zu dieser Zeit in Hochenheim (Klez) von Fabrikanten Tabakarbeiter gesucht worden. (Beweis: Dunderscheimer Tageszeitungen.)

Alle Arbeiter hatten (Klez) Ablauf der Kündigungsfrist Beschäftigung.

Es ist nicht wahr, daß durch Verlegung der Fabrik unser Ortsverein dort durcheinander gekommen ist.

Es ist nicht wahr, daß die Arbeiter durch die Kündigung, welche von Vorstandsmittglied (Klez) Auftrage der Generalversammlung (Klez) Genossenschaft ausgesprochen wurde, verblüfft waren, denn alle hatten vor Kündigung (unleserlich) Wegzuges schon Kenntnis.

Es ist nicht wahr, daß Hoff bei (Klez) Kündigung sagte, in Weimen bekommen wir die Zigarren pro Miße um eine Mark billiger gearbeitet.

Wahr ist, daß die Zentrale (unleserlich) wurde, weil die Fabrik dort verlegt (unleserlich) neue Eigentümerin uns zu hohe Miete verlangte, welche wir für die ungenügende Räume nicht bezahlen konnten.

Ferner war Hochenheim für uns auch ungelegen durch schlechte Zugverbindung von Heidelberg, denn öfteres Nachsehen war für uns eine Notwendigkeit, was sehr viel Zeit und Opfer kostete, daß jetzt in Weimen nicht mehr der Fall war.

Wahr ist, daß die Fabrik gegründet wurde um arbeitslose Mitglieder unseres Gewerkschaftsvereins beschäftigen zu können, was jetzt in Weimen schon der Fall ist.

Wahr ist, daß die (große Klez) -ige Gewerkschaften ebenso energisch die (große Klez) vertreten, wie die übrigen Organisationen und somit ebenso wohl als wahre Arbeiterorganisationen in Betracht kommen wie die übrigen.

Also nicht Profitgier, wegen billigerer Arbeitslöhne war das Motiv der Verlegung der Fabrik, sondern unsere freie Zeit mehr in den Dienst der Genossenschaft stellen zu können und das ist in Weimen möglich, durch halbständlichen Straßenbahnverkehr.

Heidelberg, den 27. Februar 1913.

Der Vorstand.
Genossenschafts-Zigarrenfabrik der Deutschen Gewerkschaften (H. D.) e. G. m. b. H. Heidelberg.

Joh. Stephan. Aug. Hoff.

Obige Berichtigung bestätigt wahrheitsgemäß
M. Klez.

Vertreter der Genossenschaftsfabrik in Hochenheim und jetzt in Weimen.

Man sieht, die Genossenschafts-Hirsch-Dunderscher haben sich da eine Berichtigung zusammengestellt, die im Grunde genommen die Angaben in unserer Notiz „Hirsch-Dundersche Arbeiterfreundlichkeit“ nur bestätigt. Tatsachen sind eben hartnäckige Dinge, die sich weder aus der Welt heraus „bestätigen“ noch ins Gegenteil umberichten lassen. Wenn den Herren vielleicht die Mühsicht, in Weimen geringere Löhne zu zahlen wie in Hochenheim, nicht gelang, so ist das sicher nicht ihre Schuld. Daß aber Herr Hoff die von uns wiedergegebene Uebersetzung getan hat — und darauf kommt es an — steht fest.

Wir wollen ihn zur Auffrischung seines Gedächtnisses nur fragen, ob ihm nicht mehr bekannt ist, daß er am 22. November 1912 in die Fabrik gekommen und kurz vor Feierabend gesagt hat, die Miete wäre zu teuer, die Fahrt von Heidelberg nach Hochenheim, manchmal zu zweien, sei zu umständlich und nicht rentabel. Wir verlegten unser Geschäft nach Weimen, wo Stephan wohnt. Da sind die Wohn- und Arbeitsverhältnisse besser und billiger, als in Hochenheim. Weiß Herr Hoff weiter nicht mehr, wie sich dann zwischen ihm und einem Arbeiter eine Auseinandersetzung abgespielt hat, in deren Verlauf Herr Hoff bemerkte, daß sie in Weimen mitunter Sorten um 1 Mk. billiger gemacht bekämen als in Hochenheim. Nicht darum handelt es sich, was jetzt in Weimen angeführt bezahlt wird, sondern um das, was von Herrn Hoff am 22. November 1912 in der Fabrik in Hochenheim zur Begründung der Fabrikverlegung angeführt worden ist. Also nur keine Verdrückung des Tatsachensandes.

Daß die Arbeiter nicht auf die Straße geworfen sein sollen, wenn sie mitten im Winter entlassen werden, das abzuleugnen ist einfach Seifenblasenmanier. Wenn auch anderswo Arbeit vorhanden war, so bleibt eben die Tatsache, daß die Arbeiter in der Genossenschaftsfabrik Arbeit angenommen haben, um bessere und lohnendere Arbeit zu haben als anderswo, wie es ihnen auch versprochen worden war. Und in der Hoffnung sind sie durch den Hinauswurf schmählich getäuscht worden.

Zum Teil richtig ist, daß der H. D. Ortsverein Hochenheim nicht erst durch die Verlegung der Genossenschaft durcheinander gekommen ist. Das Durcheinander bestand früher schon. Aber verdrückt hat sich die Krankheit dadurch; denn es sind noch weitere Mitglieder ausgezogen. Das große Durcheinander in Hochenheimer Ortsverein ist freilich schon im Frühjahr 1912 gekommen. Ist der Ortsverein doch damals ganz aus dem H. D. Verband ausgestiegen. Ein sehr schlechtes Zeugnis bekommen die in der Genossenschaft beschäftigten Arbeiter

Hochenheims ausgestellt. Es heißt nämlich in der Berichtigung: „denn öfteres Nachsehen war für uns eine Notwendigkeit, daß jetzt in Weimen nicht mehr der Fall ist.“ Darnach scheinen die Hochenheimer Arbeiter lauter Stümper gewesen zu sein, während jetzt in Weimen lauter erstklassige Arbeitskräfte vorhanden sind. Was sagen die Hochenheimer Arbeiter dazu?

Wie „energisch“ die H. D. übrigens die Arbeiterinteressen vertreten, offenbaren sie wirklich überzeugend mit ihrem Hinweis auf die freie Zeit, die ihnen zur Verfügung steht.

Na ja, jeder blamiert sich schließlich so gut er kann und wenn's nicht anders geht tun's die Genossenschafts-Hirsch-Dunderscher sogar „gemäß § 11.“

Der „gewesene Vertrag“

läßt dem Regulator noch immer keine Ruhe. Krampfhaft bemüht er sich, die überaus klare Sachlage vor seinen Lesern zu verwickeln, und die Tatsachen auf den Kopf zu stellen. So behauptet das Blatt in seiner letzten Nummer dreist drauf los, wir hätten das Kamuffelb verdrückt. Wir wollen dem H.-D. Organ verraten, daß gerade wir an einer solchen Verdrückung gar kein Interesse haben. Für uns kommt es gar nicht darauf an, was der eine oder andere bei irgend einer Gelegenheit einmal „gefagt“ haben soll, sondern was die Hirsch-Dunder entgegen dem Vertrag getan haben. Und da bleibt trotz aller Vertuschungen des Regulator die Tatsache bestehen, daß die Hirsch-Dunder durch ihren schmählichen Treubruch und Arbeiterverrat in Stolberg den Vertrag zertrüßten haben.

Wenn der Regulator den verstreiften Versuch unternimmt, die Verantwortlichkeit für den Hirsch-Dunderschen Verrat in Stolberg verantwortlich zu machen, so läßt das tief blicken. Denn an folgenden Tatsachen ist nicht zu rütteln: Am 13. Januar beschloß die H.-D., durch ihren Beamten Hartmann angeführt, die Arbeit wieder aufzunehmen. Als Hartmann wegen des elenden Verrates zur Rebe gestellt wurde, kam er am 14. Januar und verlangte vom christlichen Metallarbeiterverband die Herausziehung sämtlicher Mitglieder aus dem Betrieb. Von den 62 Hirsch-Dunderschen, die nach seiner eigenen Angabe noch im Betriebe standen, verlangte Hartmann aber nicht, daß sie die Kündigung einreichten. Die Antwort, die Hartmann auf sein Ansinnen zuteil wurde, hat er bis jetzt unterschlagen. Hier ist sie:

„In den Streik einzutreten haben zunächst beschlossen diejenigen Arbeiter, die seit dem 8. Januar im Streik stehen. Die Durchführung des Kampfes ist also zunächst Sache dieser Arbeiter. Sollte sich ergeben, daß der Streik noch auf weitere Arbeiterkategorien ausgedehnt werden muß, so ist der christliche Metallarbeiterverband bereit, dafür einzutreten, daß dies geschieht, vorausgesetzt, daß die gleichen Maßnahmen von den anderen Organisationen gleichfalls getroffen werden.“

Endgültig besiegelt wurde der Hirsch-Dundersche Verrat am 15. Januar im Beisein der Beamten Hartmann und Giesler (Generalvertreter), worauf die Hirsch-Dunder nicht nur in den Betrieb gingen, sondern sich auch an Plätze der christlichen Arbeiter heranzusetzen und diese auch zur Belohnung für den schamlosen Verrat an ihren Mitarbeitern erhielten.

So der tatsächliche Hergang. Wenn der Regulator diesen schmählichen Verrat und Vertragsbruch durch unwehre Behauptungen und geistlichen Verdrückung des Tatsachensandes aus der Welt zu schaffen sucht, so ist das ein unnützes Beginnen. Denkende und vorwärtsstrebende Arbeiter werden eben aus dem schamlosen Arbeiterverrat der Hirsch-Dunderschen in Stolberg die Konsequenzen ziehen.

Die Tarifverhandlungen im Malergewerbe

sind in den Tagen vom 22.—24. Februar in Berlin zu Ende geführt worden. Hier unterlagen die Schiedsprüche der Gewerkschaften über Lohnhöhe und Arbeitszeit einer Prüfung durch die Unparteiischen: Gerichtsdirektor Dr. Brenner-München, Bürgermeister Rath-Essen, Magistratsrat v. Schulz-Berlin und den Vertretern der Zentralorganisationen. Zu Anfang der Beratungen gab der Arbeitgebervorsitzende eine Erklärung ab, daß sie die Schiedsprüche ablehnen, da in ihnen keine Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage des Malergewerbes genommen sei. Von den Gehilfenvertretern wird ebenfalls eine Revision der Schiedsprüche gewünscht, da sie nach ihrer Ansicht nicht genügend den Teuerungszuwächsen und der anerkannten Bedürftigkeit der Malergewerkschaft Rechnung tragen.

Bei den Debatten über die Verhältnisse der einzelnen Gauen kam es mehrfach zu heftigen Auseinandersetzungen, weil im Gegensatz zu ihrem Hauptvorsitzenden einzelne Arbeitgeberführer sich in Provokationen gefielen. So stellte der Vertreter des Gaus Hamburg für seinen Bezirk ein Ultimatum, wogegen die Gehilfenvertreter entschieden protestierten. Gleichen Widerspruch riefen auch die Ausführungen des Arbeitgebersekretärs Dr. Kölsch-Barmen hervor, der die Gewerkschaften für die große Arbeitslosigkeit im Malergewerbe verantwortlich machen wollte und die bekannten Catwischen Statistiken, sowie einen Artikel der „Königlichen Volkszeitung“ über „die Teuerung und der kleine Haushalt“ als tendenziös bezeichnete.

Da eine Einigung nicht zustande kam, fällten die Unparteiischen am Montagabend Schiedsprüche. Diese Schiedsprüche und damit den neuen Reichstarifvertrag haben zwar die drei Gehilfenorganisationen angenommen, die Mehrheit der Mitglieder des Arbeitgeberverbandes hingegen haben sie abgelehnt. Für Annahme haben sich nur geringe Minderheiten ausgesprochen mit Ausnahme des Gau Berlin, wo neun Bezieher dafür und Gau Ostdeutschland, wo alle Stimmen dafür waren. Da mit dem 28. Februar der Tarif abgelaufen ist, steht nach der Ankündigung der Arbeitgeber eine Aussetzung im Malergewerbe bevor. Die Tarifvertragspolitik nicht nur in diesem Gewerbe dürfte dadurch bedauerlicherweise eine schwere Erschütterung erfahren. Die Verantwortung dafür trifft den Arbeitgeberverband, da die Gehilfenorganisationen alles getan haben, um die Annahme der Schiedsprüche und damit den Frieden herbeizuführen.

Die Tarifbewegung im Maßschneidergewerbe beendet.

Vom 10. bis 15. Februar fanden in Dresden unter dem Vorsitz eines unparteiischen Kollegiums Einigungsverhandlungen für das Maßschneidergewerbe statt. Die Verhandlungen gestalteten sich zum Teil recht schwierig. Sämtliche Streitpunkte mußten durch Schiedsprüche erledigt werden. Abgelehnt wurde zunächst ein Antrag des Vorstandes des Arbeitgeberverbandes, die dieses Jahr abzuschließenden Tarife bis 1916 laufen zu lassen, ferner die Gewährung von Heimarbeitsszulag und die Verkürzung der Arbeitszeit auf unter 10 Stunden täglich. Der Heimarbeitsszulag soll bei Ein-

führung des Reichstarifvertrages im Jahre 1916 generell geregelt werden. Ab dann wird auch den Wünschen der Seimarbeiter, die in der Herrenmachschneiderei in Frage kommen und in großer Zahl organisiert sind, Rechnung getragen werden. Dagegen wurde die Vergütung der Nähzulaten überall zugestanden, das Doppeltarifsystem für mehrere Orte aufgehoben und für eine Anzahl Orte eingeschränkt. In mehreren Fällen wurde die Bildung von Tarifklassen Ia ausgeprochen und eine Verschiebung von Firmen in höhere Tarifklassen vorgenommen. Die Schiedsprüche über die Lohnfrage sehen Lohn erhöhungen von 5-7 Prozent vor. In einigen Fällen, wo bisher außergewöhnlich niedere Löhne zu verzeichnen waren, werden die Löhne bis zu 9 Prozent erhöht. Die Schiedsprüche unterlagen der Beschlussfassung der Parteien, die sich, soweit die Arbeitnehmer in Frage kommen, für Annahme erklärten, womit der Friede im Machschneidergewerbe gesichert ist.

Sozialdemokratische Monopolverträge — christlicher Terrorismus.

Im Blatt des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes schwafelt seit einiger Zeit immer wieder ein Genosse in dunklen Wendungen über „christlichen Terrorismus“ in Markredwitz. Was sich in begriffstauglichen Genossenschaftlichen nicht alles als „christlicher Terrorismus“ malt, mögen unsere Kollegen aus folgendem ersehen. Die Bayerische Speisefettfabrik J. Zibelsberger in München hat mit dem sozialdemokratischen Fabrikarbeiterverband einen Tarifvertrag abgeschlossen, worin auch die Bestimmung enthalten war, daß nur Mitglieder des sozialdemokratischen Verbandes in dem Betrieb beschäftigt werden durften. Der aus christlichen Arbeitern bestehende Konsumverein Markt-Redwitz ließ die Firma Zibelsberger nun wissen, daß genannter Konsumvereine auf weitere geschäftliche Verbindungen verzichte, solange die Firma alle nichtsozialdemokratischen Arbeiter aus ihrem Betrieb ausschliesse.

Darob nun großes Geschrei in der sozialdemokratischen Presse über „christlichen Terrorismus“. Die Sache wird so dargestellt, als ob die christlichen Arbeiter aus purer Unbuddsamkeit und gegen das Prinzip der Tarifverträge und die Anerkennung der Arbeiterorganisation handelten. Das ist eine breite Unwahrheit. Von Terrorismus oder Mönchweigung gegen Tarifverträge seitens der christlichen Arbeiter kann hier keine Rede sein; es ist ihr gutes Recht und liegt im Interesse ihrer Selbsterhaltung, wenn sie solchen Firmen die Kundtschaft aussagen, die unter Ausnutzung der christlichen Arbeiter den Sozialdemokraten ein Arbeitsmonopol einräumen. Der Terrorismus liegt hier auf sozialdemokratischer Seite und es gehört ein großes Maß von Dreistigkeit dazu, die Wahrheit umzudrehen und christlichen Terrorismus daraus zu machen.

Die sozialdemokratische „Münchener Post“, die hierin den Ton angab, hat sich aber mit keiner Silbe dazu geäußert, erst recht nicht entkräftet, als ein Führer des sozialdemokratischen Mäckerverbandes den rohen Ausdruck tat: „Sie können doch nicht verlangen, daß die rot organisierten Arbeiter Brot freiesse, das von schwarzen Gefellen gebaden ist.“ Daß sich keins der sozialdemokratischen Blätter darüber entkräftete, während sie aus der notgedrungenen Abwehr christlicher Arbeiter „Terrorismus“ konstruieren, zeugt von einer sehr brüchigen Moral mit hoppeltem Boden. Uebrigens soll die den Sozialdemokraten das Monopol einräumende Bestimmung in dem Tarifvertrag bei der Firma Zibelsberger nunmehr beseitigt worden sein; ob dies stimmt und auch praktisch demnach gehandelt wird, bleibt abzuwarten. Den christlichen Arbeitern empfiehlt sich besonders auf diesem Gebiet nach dem Sprichwort zu handeln: Was bringt zu Ehren, sich wehren!

Sozialdemokratische Verdrehungstunft

In der sozialdemokratischen Presse („Münch. Post, Bahr, Wochenblatt“ usw.) wird zur Zeit die Behauptung verbreitet, der christliche Gewerkschaftssekretär Kaesehage (München) habe in einer gegnerischen Versammlung als Diskussionsredner den Ausdruck getan:

„Für uns ist das Wort christlich nur ein Aushängeschild, das nichts anderes bedeutet als: Wir wollen Recht und Gerechtigkeit.“

Zur Steuer der Wahrheit sei hier festgestellt, daß diese Behauptung vollständig unwahr und verdreht ist. Kaesehage hat in Wirklichkeit folgendes ausgeführt: „Das Wort christlich sei gleichsam unsere Devise, unser Schild und Leitstern in unserem Tun und Handeln, und wir seien stolz darauf, unser Programm auf das Fundament des Christentums aufgebaut zu haben und christliche Gewerkschaftler zu sein.“ Weber von Kaesehage noch von einem andern christlichen Redner ist das Wort Aushängeschild gebraucht worden. Als der sozialdemokratische Redner Seebald diese Verdrehung in der Versammlung versuchte, ist von christlicher Seite sofort mit aller Entschiedenheit Verwahrung dagegen eingelegt worden. Trotzdem leistet sich das rote Bahr, Wochenblatt in großen Lettern die tendenziöse Ueberschrift: „Kaesehage gegen Pius und das Christentum als Aushängeschild.“ Man sieht hieraus wieder erneut wie die Genossen es meisterhaft verstehen, einem die Worte im Munde umzudrehen.

Ein „patenter roter Arbeitervertreter“.

In den Palmir-Werken in Wilhelmshagen hatten sich die Arbeiter den sozialdemokratisch organisierten Riffenagler Adolf Scharf zum Vorsitzenden des Arbeiterausschusses erkoren. In welcher Weise dieser Obergewisse das in ihn gesetzte Vertrauen belohnte und wie er die Pflichten eines Arbeitervertreters aufsuchte, ist in einer Arbeiterausschussitzung vom 6. Februar bekannt geworden.

Der sozialdemokratisch abgestempelte Ausschussvorsitzende hatte nämlich vom Werksdirektor schriftlich eine besondere Unterstüzung von ein paar Hundert Mark erbeten und als Gegenleistung dafür angeboten: „Er (Scharf) könne ihm (dem Werksdirektor) doch als Vorsitzender des Ausschusses sehr nützlich sein.“ Der Direktor, der dafür bekannt ist, daß er den Interessen des Personals gerecht zu werden sucht, lehnte den beleidigenden Bestechungsversuch natürlich ab und stellte den fäulernen Vorsitzenden in öffentlicher Arbeiterausschussitzung an den Bangen, worauf der Bloßgestellte äulernichtig die bisherige Stätte seiner unrichtigen Wirksamkeit verließ.

Wenn sich ein christlicher Arbeiter nur das geringste zuschulden kommen läßt, macht die ganze sozialdemokratische Presse in geräuschvoller Entrüstung und unheilvoller Verfallgemeinerung; aber nun diesem schänden Verräterhändchen eines Obergewissen weiß kein sozialdemokratisches Blatt etwas zu

melden, da ist großes Schweigen im roten Mäckerwalb. Die berüchtigte Moral mit hoppeltem Boden!

Von der „gelben Unabhängigkeit“.

Während sich das Essener gelbe Vereinsblättchen vergeblich abmüht, die Tätigkeit von der Firma gut bezahlter „christlicher Makler“ mit der gelben „Unabhängigkeit“ in Einklang zu bringen, schlägt das Organ der Augsburger Gelben inzwischen das Essener gelbe Porzellan wieder in Scherben. „Die Wehr“ sucht nämlich in ihrer Nr. 7 dem gelben Fußvoll, das bekanntlich bei geheimen Wahlen gern einen Abstecker ins rote Lager unternimmt, große gelbe Rosinen in den Kopf zu setzen, indem sie der gelben Sache eine große Zukunft zusammenrechnet. Wie die Gelben die altersschwachen Kirch-Dunderischen Organisationen bereits überholt hätten, so verkündet die „Wehr“, würden sie auch die andern, die konfessionellen und interkonfessionellen Arbeiterorganisationen überholen und in 17 Jahren seien die Gelben dann stärker an Zahl wie die sozialdemokratischen Gewerkschaften.

Wer nun glaubt, daß Augsburger Organ würde seine erheitende Prophezeiung auf die werbende Macht der gelben Idee stützen, wäre weit daneben! Soviel traut die „Wehr“ der von ihr vertretenen Sache gar nicht zu. Darum: Unternehmer hilft Wehr energisch in der Unterstüzung der Gelben, es liegt ja in seinem Interesse. So wimmert die „Wehr“ angesichts des gelben Bankrotts in Augsburg die Leute mit dem einflußreichen Portemonnaie an. Man höre nur:

„Bei einigermaßen energischer Unterstüzung der „Gelben“ durch die Unternehmer werden nicht nur alle christlichen Gewerkschaften in das Lager der Gelben herüberzu ziehen sein, sondern es werden aus den Reihen der sozialdemokratischen Gewerkschaften viele — viel mehr als unsere Politiker glauben — mit Freunden dem dort herrschenden Terrorismus Ballet sagen und in die nationalen (!) Reihen herüberkommen. Sache der Unternehmer wird es nun sein, die Werkvereine mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu unterstühen und zu fördern.“

Dieses Dokument ist überaus wertvoll. Hier werden also die Arbeitgeber aufs neue aufgefordert, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln, die Arbeiterkraft zu knechten und in die gelbe Härde einzuspieren. Das ist durchaus nichts Neues, das ist auch seither schon geschehen, wenn auch nicht durch die Arbeitgeber selbst, so doch durch deren Organe, wobei insbesondere der „feine“ Terrorismus eine Hauptrolle gespielt hat. Es muß jedoch konstatiert werden, daß die Mehrzahl der Arbeitgeber es bisher strikte abgelehnt hatten, sich an dieser Menschenplage zu beteiligen. Zu bewundern ist ferner die Dreistigkeit, mit welcher das gelbe Organ von der „Aufwärtsbewegung“ der Gelben erzählen möchte. Man verschweigt nur dabei, daß die Zunahme der Gelben in den letzten beiden Jahren hauptsächlich durch Neugründungen erfolgte, wohingegen die vorher bestehenden Vereine durchweg Stillstand und teilweise merkwürdigen Rückgang zu verzeichnen hatten. So haben z. B. die Augsburger Gelben in den letzten Jahren bedeutend abgenommen, ganz abgesehen davon, daß bei der letzten Gewerbegerichtswahl in Augsburg die vermeintlichen Gelben auf die Parole der gelben Führer geiffen haben und fast samt und sonders in das sozialdemokratische Lager abgewandert sind. Ebenfalls zeugte der bedeutende Stimmenausfall der Gelben bei der Essener Gewerbegerichtswahl von allem anderen eher als von ihrer „Aufwärtsbewegung“. Also trotz des einflußreichen Vortrages der „Hauptlinge“ hinter den Kulissen wachsen die gelben Schachthälme nicht in den Himmel, da denkende Arbeiter es vorteilhafter und ehrenhafter finden, in einer selbständigen Organisation ihre wirtschaftlichen Interessen wahrzunehmen.

Streits und Lohnbewegungen.

Dortmund. (Klempner und Installateure.) Eine von unserer Organisation einberufene Versammlung der Dortmunder Klempnergeffellen fand am Samstag, den 2. Februar statt. Kollege Kreil referierte über das Thema: „Die Kündigung des Tarifvertrages im Klempner- und Installateurgewerbe und was ist zwecks Neuabchlusses zu unternehmen.“ Der Referent schilderte die augenblickliche Lage im Klempnergewerbe. Der bestehende Tarif läuft am 31. März ab und konnte am 15. Februar gekündigt werden. Die beteiligten Organisationen waren sich hierüber einig, daß der Tarif gekündigt werden solle und im Interesse der Gehilfen ein gemeinsames Vorgehen erwünscht sei. Einen Tag vor dem Kündigungsstermin teilte jedoch der sozialdemokratische Metallarbeiterverband mit, daß er ein gemeinsames Vorgehen mit dem christlichen Metallarbeiterverband ablehne. Diese verwerfliche Stellungnahme beweist wiederum, daß die sozialdemokratischen Organisationen immer noch nicht durch Schäden klug geworben sind und sich mit Ausbaltungsbestrebungen tragen. Auf Grund dieser Mitteilung konnte aber immerhin angewonnen werden, daß es der sozialdemokratischen Organisation mit der Bewegung ernst sei und der Tarif gekündigt würde. Die Kündigung wurde seitens des christlichen Metallarbeiterverbandes denn auch vollzogen. Die gegnerische Organisation aber beschloß in letzter Stunde, ohne Mitteilung zu machen, den Tarif nicht zu kündigen. Die geschlossene Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes, in der dieser Beschluß gefaßt wurde, verlief äußerst stürmisch und dauerte von abends 8.30 Uhr bis nachts 2 Uhr. Den Mitgliedern wurde erklärt: „Wenn sie den Tarif kündigen, so bekämen sie keine Streikunterstüzung.“ Dies rief eine ungeheure Entrüstung auf seitens der Gehilfen hervor. Die sozialdemokratischen Führer wurden als Verräter usw. betitelt und ihnen die Mitgliedsbücher vor die Füße geworfen. Die Mitglieder mußten sich jedoch fügen. Kollege Kreil kennzeichnete das Verhalten der sozialdemokratischen Führer als Doppeltzüngigkeit. Er legte dann die Gründe dar, warum seitens des christlichen Metallarbeiterverbandes der Tarif gekündigt worden sei. Diesen Gründen könnten sich die Arbeitgeber nicht entziehen. Die Verantwortung aber für die verfahrenere Lage müsse der sozialdemokratischen Organisation zugeschrieben werden.

In Verlaufe der nachfolgenden Diskussion meldeten sich auch zwei Mitglieder des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes zum Wort. Dieselben verurteilten die Haltung ihrer Organisation und erklärten unter sofortiger Ablieferung ihres Mitgliedsbuches ihren Austritt zum christlichen Verband. Hieraus fand folgende Resolution einstimmig Beschluß:

„Die heutige Versammlung der im Dortmunder Klempner- und Installateurgewerbe beschäftigten Gehilfen nimmt Kenntnis von der tariflichen Lage in diesem Gewerbe. Sie verurteilt die arbeiterverräterische und doppelzüngige Haltung des „Deutschen Metallarbeiterverbandes“ in der Tariffrage auf das Entschiedenste. Sie erkennt die bringende Notwendigkeit der Stärkung des christlichen Metallarbeiterverbandes an und fordert deshalb die Gehilfenschaft zum Beitritt in diese Organisation auf. Von den Gehilfen, die Mitglied des Deutschen Metallarbeiterverbandes sind, wird erwartet, daß sie aus dem Verrat dieser Organisation die Konsequenzen ziehen und durch Uebertritt in die christliche Organisation beweisen, daß sie gewillt sind, energisch für ihre Rechte einzutreten.“

Zur Beachtung. Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Reaktionschlus ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzusenden, andernfalls fällt die Warnung opr dem Zuzug fort.

Menden. Bei der Firma Schmöle & Co. stehen unsere Kollegen im Streit. Sämtliche organisierten Metallarbeiter in den dem Arbeitgeberverband Menden angeschlossenen Betrieben sind ausgesperrt. Jeder Zuzug nach dem Mendener Industriegebiet ist strengstens fernzuhalten.

Dortmund-Schwerte. Die Abteilung Drahtzug der Eisenindustrie ist zwecks Beseitigung von Mißständen gesperrt.

Perne. Die Firma Wesen hat mit Ausnahme von einigen älteren Leuten sämtliche Former und Gießereiarbeiter entlassen. Zuzug ist streng fernzuhalten.

Dortmund. Ueber die Stahlgießerei der Dortmunder Union wurde die Sperre verhängt.

Dortmund-Witten. Die Arbeiter des Gußstahlwerks in Witten (Abteilung Drahtwerk) haben zwecks Abwehr eines 10. bis 25 prozentigen Akkordabzuges die Rübtlung eingereicht.

Sollingen. Bei der Firma Rautenbach stehen die Former im Streit.

Zuzug ist fernzuhalten.

Düsseldorf. Die über die Gießerei der Firma Schieß verhängte Sperre ist aufgehoben. Die Akkorddifferenzen sind erledigt.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag den 9. März der elfte Wochenbeitrag für die Zeit vom 9. bis 15. März 1913 fällig.

Breslau. Das Mitgliedsbuch Nr. 161591, ausge stellt auf den Namen Franz Hoffmann, Schlosser, ist verloren gegangen und wird hiermit für ungültig erklärt.

Aus dem Verbandsgebiet.

Schnellmühle. In unserer Mitgliederversammlung am 2. Februar gab Kollege Klef-Hagen einen Rückblick auf das Jahr 1912. Er zeigte an Hand von Beispielen, daß es für die Rohstoffe wie auch in der Fertigwaren-Industrie ein überaus gewinnbringendes für die Arbeitgeber und Aktionäre gewesen ist. Besonders habe es auch die Elektrizitätsindustrie verstanden, ihre Geschäfte zu machen. Ist sie habe es schon lange keinen Niedergang gegeben. Dies komme von der immer mehr zunehmenden Verbrauchsmöglichkeit der Elektrizität und den günstigen Verhältnissen, deren sich diese Industrie in Deutschland erfreut. Zwei große Konzerne, die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft und der Siemens-Schuckert Konzern beherrschen ohne eigentliche Konkurrenz den Markt, sodas man nachgerade von einer Monopolstellung sprechen könne. Die Siemens-Schuckertwerke hatten einen Reingewinn von 13 426 966 Mark. Hierwar wurden 10% Dividende verteilt. Die Siemens-Halske N.-G. hatte einen Reingewinn von 12 409 125 Mark. Es wurden 12% verteilt. Die Hagener Akkumulatorenfabrik steigerte bei einem Reingewinn von 10 000 000 Mark ihre Dividende von 15% in 1911 auf 25% für 1912. Die Arbeiter jedoch hätten nicht in dem Maße an der Steigerung der Erträgnisse der Industrie teilgenommen, wie es demnach gerechtfertigt und wünschenswert gewesen wäre.

Daß dem so sei und so viele Arbeiter noch unter sehr schlechten Lohnverhältnissen zu leiden hätten, läge zum größten Teil an den Arbeitern selbst. Tausende und abertausende Metallarbeiter seien noch nicht organisiert. Diese als Mitarbeiter für die Verbesserung unserer materiellen Lage zu gewinnen, müsse unsere nächste Aufgabe sein. Zu der Diskussion betante Kollege Siebeck erneut die Notwendigkeit der Organisation und forderte die Kollegen auf an der an den nächsten Sonntagen stattfindenden Hausagitation teilzunehmen. Der Vorsitzende wies besonders auf die Agitation unter den jugendlichen Mitarbeitern hin. Denn, wer die Jugend hat, dem gehört die Zukunft. Diese Wahrheit machten sich besonders die Sozialdemokraten zu nuge.

Dannach befahte sich die Versammlung mit der Ausföhrung in Menden. Einstimmig wurde das ekelhafte und arbeiterverräterische Gebahren der sozialdemokratischen Gewerkschaften und ihrer Führer verurteilt und hat in Kampfe stehenden Kollegen für ihr mannhafes Ausstehen volle Anerkennung ausgesprochen. Weiter verpflichteten sich die Kollegen, die im Kampfe stehenden Arbeitsbrüder auch fernerhin materiell zu unterstühen.

Leider war die Versammlung nicht so besucht, wie sie es hätte sein müssen. Es scheint, als wenn verschiedene Kollegen meinen: „Wir haben ja jetzt wieder alles im Lot und wollen uns mal wieder anrühren von den „Strapazen“, welche andere für uns durchgemacht haben und noch stets im Interesse für unsere Arbeiterbewegung durchmachen müssen. Laßt diejenigen zur Versammlung hürgehen, welche immer da sein müssen und keine Zeit zum „Anrühren“ haben.“ Gaben diese Kollegen auch den Dortmunder Generalversammlungsbeschluß gelesen? Wenn nicht, dann bitte:

„Um eine bessere Schulung der Mitglieder herbeizuföhren und sie zu tüchtigen, überzeugten und willensstarken Anhängern des Verbandes zu erziehen, werden die Ortsgruppenvorstände ersucht, dem Versammlungszwecken erhöhte Aufmerksamkeit zu schenken. Es ist Sorge für gute Vorbereitung und gediegene Vorträge. Jedes Mitglied ist ver-

baran regen Anteil zu nehmen. (Siehe auch Paragraf 8 Absatz 2 des Statuts, S. 6.) Wer nicht mindestens eine Versammlung im Quartale besucht, kann als vollwertiges Mitglied nicht in Betracht kommen. Bei Unterstützungsvorbrüchen ist auf den Versammlungsbesuch und die Verbindlichkeitspflicht des Mitgliedes Bezug zu nehmen; auch ist der Zentrale darüber zu berichten. In allen Ortsgruppen ist eine Kontrolle über den Versammlungsbesuch einzuführen." (Siehe Generalversammlungsprotokoll S. 119.)

Drum Kollegen, nicht geküßt und nicht gefaßt. Vorwärts immer, rückwärts nimmer! Gerade jetzt nach der für uns so gescheitert verlaufenen und für die „freien“ Gewerkschaften sowie für die Krankenversicherung-Organisation „S. D.“ so niedererschmetternden Versammlung bei Huber, ist — trotz der gegenseitigen Verhöhnungen einiger Gegner, die selbst nicht glauben, was sie sagen — der Boden für uns zur Agitation locker geworden. Sind doch nach der Versammlung von uns 18 Neuaufnahmen gemacht worden. Drum Kollegen, zusammen gearbeitet; denn, vereinte Kraft, Großes schafft!

Baderborn. Unsere rund 30 000 Einwohner zählende, an der Hauptstraße der Staatsbahn, sowie am Fuße des Eggegebirges und des Teutoburgerwaldes gelegene Stadt, hat sehr wenig Industrie. Dennoch besteht hier seit sieben Jahren eine Ortsgruppe unseres Verbandes. Hauptächlich kommt hier das Kleingewerbe in Frage, wo immer noch Kollegen vorhanden sind, welche glauben, ohne den Verband auskommen zu können. Das einzige größere Werk ist die Mühlenbau-Anstalt von Morf und Probst. Diese ist seit 4 Jahren neu erbaut und beschäftigt heute ungefähr 80 Arbeiter. Hierzu sind nur ein Teil organisiert, obwohl die Arbeits- und Lohnverhältnisse teilweise vieles zu wünschen übrig lassen. Trotz eifriger Agitation ist es schwer, diese Kollegen für uns zu gewinnen, weil sie immer wieder vorgeben, daß sie ja gar nicht auf die Fabrikarbeit angewiesen seien, sondern zu Hause noch Ackerwirtschaft hätten. Die jüngeren Arbeiter hoffen einmal bei den Eisenbahnwerkstätten unterzukommen und die Ueberzahlungen sagen, der Verband könne für sie doch nichts heraus holen und die Geschichte koste nur Geld.

Diese Schlauberger befinden sich in einem gewissen Irrtum. Zunächst sei ihnen einmal die Gemütskur geführt, daß der Verband heute für alle Arbeiter eine Notwendigkeit ist. Der Streik ist heute eine Null. Der Verband aber tritt für seine Mitglieder ein bei Lohnbewegungen usw., er unterstützt bei Krankheit, Arbeitslosigkeit, Umzug, Streik, Aussperrung, Makregelung usw. Allein für Krankengeld haben wir in Baderborn im letzten Jahre 175,00 Mark ausgegeben, während wir eine Gesamteinnahme hatten von 638 Mark. Weiter wurden durch unseren Vertreter Kollegen Oberhölzl mehrere Eingaben bei der Firma Morf und Probst zwecks Lohnreduzierung gemacht. Die Firma hat auf diese auch geantwortet und verbracht, mit einer Arbeiterkommission in Unterhandlungen zu treten. Nach mehrmaligem Verhandeln bewilligte sie dann für 11 Kollegen eine Lohnreduzierung von 2 bis 5 Pfg. pro Stunde, welches im Jahre die Summe von 735 Mark ausmacht. Rechnet man diese beiden Summen zusammen, dann haben die Baderborner Kollegen für ihre 638 Mark 910 Mark zurückbekommen. Würden wir nicht noch alle Verschlechterungen, welche unseren Kollegen zugebracht waren, die aber nicht durchgeführt werden konnten, weil die Kollegen eben den Schutz und die Stärke des Verbandes im Rücken hatten, zusammenstellen, dann würde auch hier wieder eine hübsche Summe herauskommen. Die einschüchternden Kollegen sagen sich dann, daß gerade der Verband die erste und notwendigste Stütze für den Arbeiter ist.

Was sagt aber ihr unorganisierten Kollegen von Baderborn zu diesen schönen Erfolgen? Hat hier nicht der Verband seine volle Pflicht und Schuldigkeit getan? Es hätte noch bedeutend mehr herausgeholt werden können, wenn ihr bloß die Schlammzüge vom Kopfe gezogen hättet und mit in die Reihen der schon jahrelang kämpfenden Kollegen eingetreten wäret. Glaubt ihr, daß die Erfolge auch ohne Verband möglich gewesen seien? Nie und nimmer! Deshalb Kollegen, nicht länger mehr geauert, sondern frisch ans Werk; tretet alle ein in den christlichen Metallarbeiterverband, der bisher immer wieder gezeigt hat, daß er die berechtigten Forderungen der Kollegen mit aller Entschiedenheit vertritt. Vielleicht ist es dann auch möglich, daß die Firma Morf und Probst mit ihren Arbeitern resp. dem Verbande bald einen Tarifvertrag abschließt, damit die Kollegen nicht mehr so den Wechselläufen des Wirtschaftslebens ausgeliefert sind, wie das bisher der Fall war. Also, Kollegen von Baderborn, soll es besser werden, dann mit frischem Mut und Gottvertrauen an die Werkbank, damit bald alle Metallarbeiter, ob Kleinhändler, Schlosser, Schmied, Heizungsmeister oder Industrieller, kurz alle hier vertretenen Berufe der Metallindustrie dem christlichen Metallarbeiterverbande als Mitglied angehören.

Thale a. S. In unserer letzten Mitgliederversammlung vom 9. Februar hielt Bezirksleiter Kollege Buchner einen interessanten und lehrreichen Rückblick auf das vergangene Jahr, welches für unsere christliche Gewerkschaftsbewegung so überaus reich an Kämpfen war. Nebenher schilderte die Vorstandsmitglieder, den Kampf der „Berliner“ und Sozialdemokraten gegen uns, welche Kämpfe unserer Bewegung aber nicht im geringsten schaden konnten. Freilich wäre es vorteilhafter für die Arbeiterschaft gewesen, wenn wir die Kräfte, die wir zur Abwehr dieser Angriffe verwenden mußten, zur Werbung neuer Mitglieder hätten nutzbar machen können. Das in diesem Punkte Versäumte muß jetzt unverzüglich nachgeholt werden.

Aber auch an wirtschaftlichen Kämpfen habe es uns Metallarbeitern im Jahre 1912 nicht gefehlt. Nebenher sprach die Rede eingehend die Bewegung in Minden, wo wegen geringer Lohnforderungen weniger Arbeiter Lernende Kollegen vom Arbeitgeberverband ausgeschlossen wurden. Hoffentlich lernten auch die Unorganisierten aus diesem rücksichtslosen Vorgehen des Arbeitgeberverbandes, daß jeder Metallarbeiter es einfach sich selber, seiner Familie und seinem Stande schadet, seiner Organisation beizutreten. Pflicht eines jeden Kollegen aber sei es, die Unzufriedenheit auf solche Dinge hinzuweisen, sie anzukündigen und sie unserem Verbande zuzuführen. In der Diskussion wurde ebenfalls die Notwendigkeit eifriger Werbung entschieden betont. Es wurde zum Schluß der Versammlung dann noch die Wahl für den erledigten Posten des Vorsitzenden vorgenommen. Gewählt wurde Kollege Schwesinger. — Und nun, Kollegen von Thale! Mit Mut und über Ausdauer an die Werkbank. Wir arbeiten ja hier für unsere Sache.

Neustadt a. S. „Schönlager Saug, feinerer Wein, hoch du sonnige Pfalz am Rhein“ — es möchte man wünschen, wenn man sich in „der Feile der Pfalz“ befindet. Schon die herrliche Lage der Stadt macht auf den Besucher den besten Eindruck. Umgeben von reifen Weinbergen und Bergen mit schattigen Waldungen einerseits, von denen man einen herrlichen Ausblick hat hinaus in die Rheinebene und über die Stadt mit ihren schmalen Gassen und althergebrachten Häusern

andererseits ist Neustadt a. S. auch ein wichtiger Knotenpunkt für den Verkehr.

Auch einige industrielle Betriebe haben sich in der Stadt und Umgebung angegliedert. Die Lage der in diesen Betrieben beschäftigten Arbeiterschaft ist nicht die rosigste und die Lohnverhältnisse lassen gleichen Betrieben anderwärts gegenüber viel zu wünschen übrig. Die Schuld hieran tragen die Arbeiter selbst, weil sie es nicht verstehen, in Berufsorganisationen sich zu vereinigen, wodurch ihre Lage gebessert werden könnte. Die Folgen dieser Verhältnisse zeigen sich denn auch sehr deutlich in einer steten Abwanderung der Arbeiterschaft in die industriereichen Städte Ludwigshafen und Mannheim. Würden die Arbeiter, und ganz besonders die Metallarbeiter, die ja dort hauptsächlich mit in Frage kommen, sich im christlichen Metallarbeiterverband zusammenschließen, dann wäre es ein Leichtes, die Lage der Metallarbeiter zu verbessern. Die Abwanderung wäre dann nicht notwendig, die obendrein im Industriegebiet durch das Ueberangebot von Arbeitskräften als Lohndruck schwer empfunden wird.

Die Folgen dieser Untätigkeit zeigte denn auch die am 15. Februar getätigte Generalversammlung der Ortsgruppe, zu der als Vertreter des Bezirksleiters Kollege Schwarz von Ludwigshafen erschienen war. Die Generalversammlung war eine solche, wie sie eben nicht sein soll. Von angeblich 26 Mitgliedern waren 8 erschienen. Kollege Schwarz hielt darum mit seinen Ausführungen nicht hinterm Berge und übte an der Tätigkeit der Vorstandschaft und der übrigen Kollegen eine gerechtfertigte Kritik, die umso mehr berechtigt war, da noch ein guter Stamm junger, von robuster Gesundheit strotzender Kollegen am Platze ist, die bei einigermaßen gutem Willen überraschende Erfolge in der Agitation aufweisen könnten, da die Arbeiterschaft an und für sich organisationsfähig ist. Die anwesenden Kollegen gaben dies auch gerne zu und so wollen wir hoffen, daß diese Erkenntnis der erste Schritt zur Besserung ist.

Kollegen von Neustadt und Umgebung! Hintweg damit mit allem Schimpfen und Kritizieren. Wenn ihr vorwärts kommen wollt, und das könnt und müßt ihr, dann studiert fleißig euer Verbandsorgan, das euch die nötigen Waffen zum Kampfe mit den Gegnern liefert, besucht regelmäßig eure Versammlungen, was hauptsächlich für die Frauen gilt und beginnt mit der besprochenen planmäßigen Hausagitation, dann werden auch bei euch die Erfolge nicht ausbleiben. An der weiteren Anleitung und Mitarbeit seitens der Bezirksleitung wird es nicht fehlen, wenn der Beamte frühzeitig darum angegangen wird. Ihr müßt aber auch, wie gesagt, selbst mitarbeiten und nicht kleinlich verzagen, wenn ihr Großes erreichen wollt und solches auf dem Spiele steht. Ist der junge Vorsteher mit der Vorstandschaft und den Vertrauensleuten befreit, die Vorläufe in die Tat umzusetzen, dann wird eure Generalversammlung im nächsten Jahre anders ausfallen wie die diesjährige. Daß darum den Worte die Tat folgen: Denn Worte sind nur blinde Schiffe, etwas Rauch und etwas Dampf, Taten sind die echten Treffer in des Volkes Lebenskampf.

Dortmund-Westen. Eine öffentliche Metallarbeiterversammlung, einberufen vom christlichen Metallarbeiterverband, fand hier selbst am Sonntag den 16. Februar statt. Zur Tagesordnung stand das arbeiterberräterische Verhalten der Sozialdemokraten bei der Metallarbeiteraussperrung in Minden. Die Sozialdemokraten hatten sich unter Führung ihres Genossen Ernst-Dagen in größerer Zahl eingefunden und bildeten ein gutes Drittel der Versammlungsteilnehmer. Sie zeigten schon vor Beginn der Versammlung, welche Geistes Kinder sie seien, indem sie sich weigerten, sich von dem Referenten bedienen zu lassen und etwas zu vernehmen, weil der Referent nicht sozialdemokratisch organisiert war. Dieses terroristische Verhalten fand später sogar noch die Billigung des Genossen Ernst. Kollege Ernst-Dortmund referierte über die Vorgänge in Minden. Er erbrachte den Beweis, daß der sozialdemokratische Metallarbeiterverband und die sozialdemokratische Presse auf alle nur mögliche Weise den kämpfenden Arbeitern Knüttel zwischen die Fäße werfen, und bezeichnete dieses Vorgehen als gemeingefährlich. Die Genossen wünschten eine Niederlage der Arbeiter, um im Trüben fischen zu können. Treffend wurde dies nachgewiesen durch die „Metallarbeiterzeitung“ Nr. 48, in welcher es unter anderem heißt: „Aber der Kampf wäre für die Mindener Arbeiter nicht umsonst geführt, wenn er ihnen bewiese, daß der christliche Metallarbeiterverband zur wirklichen Vertretung der Arbeiterinteressen unfähig ist.“

Damit wird zum Ausdruck gebracht, daß man sich über eine Niederlage der Arbeiter freuen würde. Der Referent schloß seine Ausführungen mit einer Aufforderung an die Arbeiterschaft, die Konsequenzen aus dem Verhalten der sozialdemokratischen Richtung zu ziehen und durch festen Zusammenhalt im christlichen Metallarbeiterverband den roten Schädigern und Verrätern der Arbeiterinteressen ihr unauberees Handwerk zu legen. Die Ausführungen wurden seitens der Mehrheit der Versammelten mit großem Beifall aufgenommen.

Der sozialdemokratische Gegenreferent Ernst, dem dieselbe Redezeitung zugewidmet wurde wie dem Referenten, war nicht in der Lage, das vorgebrachte Material zu widerlegen. Er gab die Möglichkeit zum Teil sogar offen zu, suchte aber das Verhalten der Roten zu entschuldigen. Am Schluß seiner Ausführungen verlas er eine Resolution und ließ ohne weiteres darüber abstimmen. Kalkuliert konstatierte er dann auch sofort die Annahme seiner Resolution, ohne eine Gegenprobe abzuwarten, trotzdem die Mehrzahl der Teilnehmer christlich organisiert war und selbst eine Reihe seiner Anhänger nicht für seine Resolution stimmte. Zu dem Bewußtsein, daß seine Ausführungen einer Kritik nicht standhalten konnten, forderte er dann seine Gesinnungsgenossen auf, das Lokal zu verlassen. Dies ging seinerseits so fluchtartig vor sich, daß der Referent ihm nachlaufen mußte, um ihn zur Bezahlung der Bege zu veranlassen.

Im weiteren Verlauf der Versammlung wurden die gegenwärtigen Ausführungen auf ihren wahren Wert zurückgeführt und nachgewiesen, daß es Ernst mit der Wahrheit nicht genau genommen habe. Das sei nicht weiter verwunderlich, sei es doch derselbe Mann, der sich seinerzeit am Telefon für einen bekannten Ingenieur von Hagen ausgab. Die Versammlung wurde dann, nachdem die Mitglieder zur intensiven Agitation aufgefordert worden waren, mit einem Hoch auf den christlichen Metallarbeiterverband geschlossen.

Die Versammlung hat die Feigheit der Sozialdemokraten, ebenso wie vor 8 Tagen in Dorffeld wieder offenkundig gezeigt. Sie wird als Folge eine weitere Stärkung unserer Organisation herbeiführen, denn ein solches Verhalten der Roten ist für uns die beste Agitation. In Dorffeld wurden

seit der Versammlung nicht weniger als 32 Aufnahmen für den christlichen Metallarbeiterverband erzielt. Auch die Mindener Metallarbeiter werden in demselben Sinne quittieren.

Hamburg. Aus dem Geschäftsbericht unserer Stadtgeneralversammlung am 26. Januar sei hier folgendes wiedergegeben: Mitgliederversammlungen haben 24 stattgefunden mit 14 Vorträgen und einem durchschnittlichen Besuch von 35 Kollegen. Einen Vortrag hielt uns unser Verbandsvorsitzender Kollege Wieber, Kollege Hartmann, der oft Gast bei uns war, hielt vier Vorträge und unser Bezirksleiter Kollege Dohler aus Bremen drei. Werkstellenversammlungen haben 16 stattgefunden, zwei von uns einberufen, eine von unseren Mitgliedern allein besucht; zu vier wurden von uns offiziell ein Vertreter entsendet. Außerdem wurde eine Werkstättenversammlung für unsere Kollegen allein abgehalten betreffs Wahl einer Werkstättenkommission; als Obmann wurde Kollege Schmollke gewählt. Erwähnt sei noch die große Kundgebung der christlich-nationalen Arbeiter im Oktober, zu der u. a. die Kollegen Wehrens und Stegerwald als Redner erschienen waren. Der Verlauf dieser Tagung war einfach großartig, die Besucherzahl 3000 Personen. Flugblätter wurden 18 000 Stück verteilt; außerdem beteiligten sich vier Mitglieder bei der Flugblattverteilung des Kartells. Die Hausagitation wurde zunächst vom Kartell aus betrieben, im letzten Vierteljahr bezirksweise, in sechs Teile geteilt, und für jeden ein Obmann ernannt. Größere Erfolge waren wegen Mangels an guten Adressen nicht zu verzeichnen. Hier muß seitens der Kollegen opferfreudiger eingestuft werden.

Es war ein Abwehrkampf auf der Willkür zu verzeichnen, der nur einige Tage währte. Durch eine Lohnbewegung in den Landbetrieben, soweit dieselben dem Verband der Eisenindustriellen angehören, wurde eine Stunde Arbeitszeitverkürzung pro Woche und 1 Pfg. Lohnreduzierung die Stunde erzielt. Eine Lohnbewegung der Werftarbeiter erzielte 2 Pfg. Lohnreduzierung, ebenfalls wurde bei der Firma Blohm u. Voß durch Vorkommnisse eine Kommission, welche in einer von uns einberufenen Versammlung von den drei beteiligten Verbänden gestellt wurde, erreicht, daß die in letzter Zeit eingetragenen Abschreibungen unterblieben.

Nach dem Kassenbericht war für die Hauptkasse eine Gesamteinnahme von 5442,10 M. zu verzeichnen; die Gesamtausgaben am Ort betragen 2395,22 M. Auf die einzelnen Unterabteilungen usw. entfielen davon folgende Beträge: Reise 225 M., Makregelung 72,50 M., Streik 106,65 M., Umzug 115 M., Krankheit 814,15 M., Arbeitslosigkeit 303,82 M., Anteil der Lokalkasse 745,50 M., für Kartenzettel 12,60 M. An die Hauptkasse wurden 3048,78 M. abgeführt. Die Lokalkasse hatte einschließl. des Bestandes von 343,99 M. am 1. Januar 1912 eine Gesamteinnahme von 2430,94 M., und eine Gesamtausgabe von 1790,39 M. Die Lokalkasse wies also am 1. Januar 1913 einen Bestand von 650,55 M. auf.

Die Mitgliederzahl betrug am 1. Januar 1912 189. Neuaufnahmen waren 57 zu verzeichnen, abgetreten aus andern Verbänden sind 18, zugereift 49; abgereift sind 72, abgetreten und ausgeschlossen 68, zum Militär einberufen 6; es bleibt also ein Mitgliederbestand von 167. Die Beitragsleistung des Militärs und Jahr betrug 46,8, dieser geringe Beitragsdurchschnitt hat hier seinen Grund darin, daß die Kollegen, die zur See fahren, die Beiträge gestundet bekommen. Der Resolution des Dortmunder Verbandstages entsprechend beschloß die Kollegen, die Verbandsmitgliedsbeiträge durch Stempelabdruck des Mitgliedsbuches zu kontrollieren.

In einer Schlußansprache ermunterte Kollege Hartmann die Mitglieder zu eifriger und unerbitterter Weiterarbeit für unsere Sache.

Wesdorf-Norden. Eine außerordentliche Mitgliederversammlung hielt unsere Ortsgruppe am 9. Februar ab. Der Besuch ließ leider zu wünschen übrig. Es gibt immer noch eine Anzahl Kollegen, die es nicht für nötig befinden, sich regelmäßig an den Versammlungen zu beteiligen. Erfreulich dagegen war es, daß die jugendlichen Mitglieder zahlreich zur Stelle waren. Die Versammlung war für uns von besonderer Bedeutung insofern, als der seitiger Vorsteher und Gründer unserer Ortsgruppe, Kollege Wilh. Mauer, erschienen war, und uns mit einem größeren Vortrage beehrte. Er behandelte das Thema: „Die jüngsten Vorgänge in der Metallarbeiterbewegung.“ Ausgehend von der herrschenden Hochkonjunktur und dem glänzenden Geschäftsgang vor allem in der Metallindustrie, betonte er das Recht des Arbeiters, sich den ihm gebührenden Anteil hieran zu sichern. Nebenher unterzog dann die Metallwerke des Siegerlandes einer eingehenden Kritik. Leider liegt hier noch manches im Argen. Vielfach hat man noch eine längere, wie 10stündige Arbeitszeit, das Ueberstundenwesen steht in hoher Blüte. Ein angemessener Zuschlag müßte hier festgelegt werden. Der Unterschied zwischen organisierter und unorganisierter Arbeiterschaft tritt auch hier zum Schaben der letzteren deutlich in Erscheinung. Weiter kam der Referent auf die letzten Kämpfe des christlichen Metallarbeiterverbandes zu sprechen, kennzeichnete das nichtswürdige Verhalten des roten Verbandes bei der Mindener Aussperrung, der dadurch den Arbeitgebern die besten Dienste leistet. Das Ziel dieser roten Gesellschaft ist natürlich jeglicher Erfolg der christlichen Metallarbeiter zu vereiteln. Geradezu schändlich war auch das Verhalten des Hirsch-Dunderschen Gewerkschafts unserem Verbande gegenüber anlässlich des Streiks in Stolberg, wo die Hirsch-Dunder nach fünfzigstägigem Streik unsere Mitglieder im Stich ließen und die Arbeit wieder aufnahmen. Die Antwort auf die Kampfweise der Gegner müsse sein: hinein in den christlichen Metallarbeiterverband!

In der Diskussion betonte Kollege Schmölzer vom Gewerkschaftsverein christlicher Bergarbeiter, der als Gast anwesend war, die treue Waffenbrüderschaft zwischen den einzelnen christlichen Berufsverbänden. Der Vorsteher dankte den Kollegen und wandte sich dann besonders an Kollegen Mauer, dem er in Anbetracht seiner unermüdbaren, aufopfernden Arbeit für unsere Ortsgruppe namens der Kollegen „Hirsch-Dunders Arbeiterfrage“ beehrte. In seinem Schlußwort gedachte Kollege Mauer der schönen Stunden, die er in unserem Kreise als Vorsitzender der Ortsgruppe verlebte, sprach allen für das schöne Andenken seinen Dank aus und schloß mit dem Wunsch, daß wir, wie bisher, auch fernerhin treue Waffenbrüderschaft halten werden. — Kollegen, halten wir, was wir in der Versammlung durch unseren Beifall als unsere Willensentscheidung kundtaten: Arbeiten wir unermüdblich an der weiteren Stärkung unserer Reihen.

Schwinfurt. Die Kennzeichnung der sozialdemokratischen „Taktik“ im Verbandsorgan und 2 Flugblättern hat bei manchen Genossen einen Lobhudeleffekt ausgelöst. Nach einigen Tagen folgte die sozialdemokratische Antwort in einem Flugblatt unter dem Titel „Gemeiner Schwindel“. Man macht sich die Sache sehr leicht. Man ergiebt das ganze rote Schimpfwerk über die bösen Christlichen und befreit sich wüthend

durch auf solche Dinge, die niemand bestritten hat. Die unangenehmen Tatsachen läßt man links liegen. Nur eines sei zur Charakterisierung herausgegriffen. Die Feststellung, daß der sozialdemokratische Verband die christlich organisierten Arbeiter mit ihrer Organisation von vorn herein ausschalten wollte, wird Wort für Wort als Lüge bezeichnet. Wollte man tatsächlich gemeinsam mit der christlich organisierten Arbeiterschaft vorgehen, so hätte der bei allen gesitteten Menschen übliche Brauch, sich mit der Leitung der noch in Frage kommenden Organisation von vorn herein zu verständigen, Anwendung finden müssen. So aber hat man über den Kopf der von unseren Kollegen gewählten Leitung hinweg die Mitglieder eingeladen. Das eine mögen sich gewisse Herren merken: Wir lehnen es auch für alle Zukunft ab, ohne an der Führung als selbständige Organisation beteiligt zu sein, den Genossen bei allen Dingen Gehorsamkeit zu leisten. Die künstliche Entzweiung darüber, Herr Dahn, können sie sich ruhig ersparen.

Auf das weitere an dieser Stelle einzugehen erübrigt sich, genügt die blutige sozialdemokratische Beweise aus dem Flugblatt hier wieder zu geben: „Schwarze Subelstiche, verlogene Subelschrift, ungeheuerliche Lügenchrift, niederträchtiger Schwindel, armen Kapfangwerkstätten, Ekel und Abscheu, christliche Subelstiche, christliche Verbehrer der Wahrheit, Apostel der umgekehrten Wahrheit, in gemeiner und niederträchtiger Weise geschwindelet, Lügenchriften, schmutzige Unwürde, von Bischofsagnaben, verlogenen Subelstiche, greifbaren Schwindel, unsinniges Schmutzblatt, größten Schurkereien, schwarzen schmutzigen Pels, Dummheit oder Niedertracht.“

Wer solch „kräftige Beweise“ hat, braucht nicht mehr Bruderliebe zu heucheln, er hat „alles bewiesen.“ Denn: „Wer schimpft hat — Recht.“

Berlin. Die in unserer Gruppe nach Neujahr aufgenommene Hausagitation ist seit Anfang Februar wieder im Gange. Gegen 140 Adressen, von welchen die Hälfte jugendliche, sind in Arbeit. An 26 Kollegen, die die Agitation betreiben, sind die Adressen verteilt. Da der 15. März Ostermontag ist, an dem alle ausgegebenen Hausagitationskarten zwecks Berichterstattung zurückgegeben werden müssen, ersuchen wir die in Frage kommenden Kollegen dafür zu sorgen, daß bis dahin die Arbeiten erledigt sind.

Neben der Hausagitation, die doch nur von einem verhältnismäßig kleinen Kreis von Mitgliedern betrieben wird, müssen alle Kollegen in Freundes- und Bekanntenkreisen für den Verband werben. Man wende nicht ein, daß in Berlin nach dieser Richtung nichts zu machen sei. Was sich hier bei gutem Willen erreichen läßt, geht aus einer näheren Betrachtung unserer Agitation in den letzten Jahren hervor. Neben 77 im Jahre 1911 im Büro vollzogenen Aufnahmen, führten 55 Mitglieder dem Verbande 160 neue Kollegen zu. Im Jahre 1912 gingen neben 79 im Büro vollzogenen Aufnahmen 119 Beitrittserklärungen ein, die von 44 Kollegen erwirkt waren. Aus diesen Zahlen erhellt leider, daß nur ein Viertel der Kollegenschaft sich werbend für den Verband betätigt hat. Wie würde es in Berlin ganz anders um unsere Organisation stehen, wenn auch die andern 7/8 aus ihrer Passivität herauszutreten wollten. Es soll ja entschuldigend aufgeführt werden, daß ältere Kollegen, die in früheren Jahren in den ersten Reihen stehend für den Verband kämpften, sich vielfach aus Gesundheitsrücksichten zurückziehen mußten. Aber das ist doch immer nur ein sehr kleiner Teil. Die große Masse der Kollegen macht aus unvermeidlicher Bequemlichkeit die Verbandsarbeit nicht mit. Sie ahnen auch sehr wohl gar nicht, wie sehr sie durch ihre Teilnahmslosigkeit das Verbandsleben niederdrücken. In ihrer Bequemlichkeit bleiben sie selbstverständlich auch den Versammlungen fern. Die Folge ist, daß in den monatlichen Zusammenkünften auf sie nicht eingewirkt werden kann. Schwach besuchte Versammlungen wirken aber auch auf die Anwesenden wenig erhebend und anregend. Besonders bezüglich der Neuaufgenommenen ist dies der Fall.

Möchten die Kollegen die es angeht, sich ihrer vollen Pflicht als Verbandsmitglieder bewußt werden und aus ihrer die gesamte Bewegung schädigenden Ruhe herauszutreten. Alle müssen wir das Verbandsleben heben und für den Verband werben und wirken. Wie sehr heute der Verband von der Tätigkeit einer kleinen Zahl von Kollegen hochgehalten wird geht daraus hervor, daß allein 13 Vertrauensmänner und Vorstandsmitglieder, die 1911 dem Verbande 61 Mitglieder zuführten im Jahre 1912 wieder 65 Neuaufnahmen verzeichneten. Aus solchen Zahlen ist doch zu ersehen, daß mit gutem Willen und Fleiß auch in Berlin noch ganz erhebliches geleistet werden kann. Aus diesem Grunde richten wir an alle unsere Berliner Kollegen das dringende Ersuchen, die alte, unseren Verband so schwer schädigende Bequemlichkeit durch eifrige Anteilnahme am Verbandsleben zu erlösen. Das Resultat wird sein, daß ein uns allen erfreuender Aufschwung sich geltend machen wird. Kollegen, beherrschet das Gesagte, der Erfolg wird dann gewiß nicht ausbleiben!

Saarbrücken. Unsere Ortsverwaltung hielt am 16. Februar ihre diesjährige Generalversammlung ab. Die Vertreter der einzelnen Sektionen waren zahlreich erschienen. Kollege Kettenhofen wies einleitend in seinem Geschäfts- und Kassensbericht darauf hin, daß das Jahr 1912 für das Saarrevier ein Jahr der Hochkonjunktur gewesen sei. Dies sei noch kürzlich auf einer Tagung der hiesigen Industriellen zum Ausdruck gekommen, auf der von einer gewaltigen Weiterentwicklung unserer Industrie berichtet wurde. Die Einnahme aus dem Güterverkehr der Reichseisenbahnen (ohne Bayern) sind um 138 Millionen M. gestiegen. Die Kohleerzeugung Deutschlands ist um 2,8 Millionen Tonnen gewachsen und hat somit die fabelhafte Höhe von fast 18 Millionen Tonnen erreicht. Der Ausfuhrwert für die Tonne stieg um 24 Mark. Der Anteil an der Gesamtproduktion verhielt sich immer mehr nach Süd-West-Deutschland und betrage heute schon mit 7 Millionen Tonnen 39,3% der Gesamtproduktion. Leider habe die Arbeiterschaft an dieser gewaltigen Aufwärtsentwicklung nicht in genügendem Maße Anteil genommen. Das werde auch solange nicht besser werden, als sie sich noch zu gelben Experimenten mißbrauchen lasse. Statt Lohnschöpfung wurden den Arbeitern eines Wertes (Wöllingen) die Pensionsbeiträge erheblich erhöht, ohne die Leistungen der Kasse zu erhöhen. Die Mezzelastung durch eine Lohnschöpfung auszugleichen, wurde schroff abgelehnt. Die Koalitionsfreiheit auf den Hüttenwerken sei nach wie vor dadurch beengt, daß man die Gewährung von Gehaltsminderungen (Altmosen statt Lohn) von der Mitgliedschaft im gelben Werkverein abhängig macht. Die Abwanderung vieler Hüttenarbeiter von Wöllingen, Neunkirchen und Burbach nach den lothringischen Eisenerwerken ist auf diese Mißstände zurückzuführen. Die Abwanderung wäre wohl noch größer gewesen, wenn die Wohnungs- und Logisverhältnisse auf den Lothringischen Werken, wo die Abgewanderten in Arbeit treten, genügend vorbereitet gewesen wären.

Neben diesen örtlichen Schwierigkeiten haben die Reichstagswahlen, der Ruhrstreik und der Gewerkschaftsstreik hemmend auf die Bewegung gewirkt. Mehrere vertrieben in diesen Punkten auf das Programm der christlichen Gewerkschaften. Sie sind und wollen eine wirksame Interessensvertretung der Arbeiter sein, ohne deren zeitliche und weltliche Anschauungen zu beeinträchtigen oder anzutasten. Auf dem Boden der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung stehend, lehnen sie deshalb den Klassenkampf der Sozialdemokratie und deren Gewerkschaften ab. Von diesem Programm sind sie keinen Deut gewichen, und werden auch in der Zukunft daran festhalten. Die Gegner sind deshalb auch nicht auf ihre Rechnung gekommen. Der Referent gab sodann einen eingehenden Bericht über die Bewältigung, Agitation und das Kassenswesen. Hierüber sei folgendes angeführt:

Der Saarbezirk umfaßt jetzt nur mehr das eigentliche Saargebiet mit der Westpfalz. An die Bezirke Mannheim, Stuttgart, und Metz wurden die übrigen Ortsgruppen abgegeben. Die Agitation war eine sehr lebhaft. 878 Versammlungen, Sitzungen und Besprechungen wurden abgehalten. 3 Lohnbewegungen wurden geführt, davon 2 allein und 1 gemeinsam mit dem Deutschen Metallarbeiterverband. In Rechtschulsaachen wurden 82 mündliche, 78 schriftliche Klagen erteilt, 58 Schriftsätze angefertigt und in 3 Fällen Vertretungen am Gericht übernommen. Im allgemeinen wurden 10 Tageszeitungen und das Verbandsorgan mit zusammen 46 Artikeln bebient. Die Korrespondenz war sehr umfangreich, 2 251 Posteingänge und 2 960 Postausgänge. 455 Neuaufnahmen wurden gemacht, jedoch war die Pluktation sehr groß, so daß der Uberschuß kein allgroßer ist. Die Gesamteinnahme betrug 11 526,61 Mark. An Unterstützungen wurden 2 185,78 Mark ausbezahlt, der Hauptkassier 6 555,44 Mark zugeführt.

Zum Schluß forderte der Redner die Anwesenden auf, in Zukunft mit doppeltem Eifer an der Ausbreitung der Organisation mitzuarbeiten. Das Bezirksvertrauensmännerystem soll verbessert und neu eingeteilt werden. Im Anschluß an den Tätigkeitsbericht hielt Bezirksleiter Kollege Schmitz-Köln einen interessanten Vortrag: „Wie bringen wir unsern Verband vorwärts.“ Als gründlicher Kenner der Verhältnisse der Metallindustrie, gab er verschiedene Anregungen, wie gearbeitet werden kann. Beide Vorträge wurden mit Beifall aufgenommen. Nachdem noch die Agitation der Fachsektion der Grubenhandwerker und Maschinen- und die Hausagitation durchberaten waren, erfolgte die Wahl des Ortsverwaltungsorgans. Ein begeistertes Schlußwort des Kollegen Klettenhofen bildete den Schluß der in allen Teilen schön verlaufenen Tagung. Nun Kollegen das Saarrevier zeigt bei der eingeleiteten Hausagitation, daß ihr Männer der Tat sein wollen, die vor keinen Schwierigkeiten zurück schrecken, um das gesteckte Ziel zu erreichen. „Was du gelobst, sei dir höchste Pflicht, dein Wort sei heilig; drum verschwend es nicht!“

Wärselen. Mit Rücksicht auf die ausgiebige Agitation hätten wir einen besseren Besuch unserer Jahresgeneralversammlung am 19. Januar sicher erwartet. Muß doch gerade im Punkte Versammlungsbesuch in unserer Ortsgruppe in Zukunft vieles besser werden, wenn wir, was doch der Wunsch eines jeden Kollegen ist, vorwärts kommen wollen. Darauf wies auch der Vorsitzende in seinem Bericht mit aller Deutlichkeit hin. An Versammlungen hielten wir im Jahre 1912 ab: Vorstands- und Vertrauensmänneritzungen 20, ferner 16 Mitglieder-, 3 Jugend-, 1 öffentlicher, 4 Fabrik-, 1 Arbeiterversammlung und 3 Quartalsgeneralversammlungen. Außerdem beteiligte sich unsere Ortsgruppe an Gewerkschaftstagen in Wachen. Montags und Freitags fanden auf dem Büro regelmäßig von allen Mitgliedern des engeren Vorstandes besuchte Geschäftsstunden statt zwecks Auszahlung der Unterstützungen, Abrechnung mit 35 Vertrauensmännern, Erledigung der Korrespondenz u. a. geschäftlichen Arbeiten und agitatorischen Vorarbeiten.

Für die Hausagitation waren 95 Adressen gesammelt. Im Frühjahr kam es jedoch nur zu einem Rundgang, wobei 8 ältere und 4 jugendliche Kollegen gewonnen wurden. Im Dezember fanden dann drei Rundgänge statt. Aufgenommen wurden 18 Ältere und 6 jugendliche Mitglieder. Die Mitgliederbewegung ist folgende: Am 1. Januar 1912 zählten wir 569 Mitglieder, neu aufgenommen wurden 56 Ältere und 14 jugendliche, vom Militär zurück, kamen 11; abgemeldet haben sich 65, überwiesen wurden 20, zum Militär eingetreten sind 5 und gestorben 3 Mitglieder. Es verblieb also ein Mitgliederbestand von 557. Hier fällt besonders die große Zahl der an andere Ortsgruppen und Verbände überwiesenen Mitglieder auf, wozu einige uns keine überwiesen wurden. Ein wunder Punkt, der gelegentlich noch einmal angeschnitten werden muß.

Nach dem Kassensbericht hatte unsere Ortsgruppe eine Gesamteinnahme von 17 362,33 Mark. An Unterstützungen wurden ausgezahlt bei Krankheit 3 678,88 Mark, bei Arbeitslosigkeit 1 527,35 Mark, Sterbegeld 195 Mark, für Rechtschulsaachen 86,20 Mark etc., insgesamt wurden am Orte verwandt für Unterstützungen, Agitation und Verwaltung 6 972,97 Mark und an die Ortsverwaltung Wachen abgeliefert 10 389,36 M. Auf Antrag der Revisoren, die Kasse und Belege in bester Ordnung befunden hatten, wurde dem Kassierer Entlassung erteilt. Aus der Versammlung wurde besonders auf die gesunden Verhältnisse hingewiesen. Sind doch auf Grund der Unterstützungsleistungen unseres Verbandes den Kollegen rund 6 000 Mark sofort wieder zugeflossen, und das gerade in solchen Fällen, wo sie die Beihilfe sehr gut gebrauchen konnten. Die Bedeutung dieser Tatsache für den Arbeiterstand und die Gemeinde erhellt auch daraus, daß die öffentlichen Unterstützungen mit ihren nachteiligen Wirkungen nicht mehr so oft in Anspruch genommen werden, wie es früher der Fall war.

Noch ein Wort zum Versammlungsbesuch. Der Vorstand hatte, um den einzelnen Kollegen den Besuch zu erleichtern, wiederholt Bezirksversammlungen an Sonntagen veranstaltet. Wir hofften dadurch zu erreichen, daß sich ein größerer Teil der Mitglieder zum Versammlungsbesuch aufbringen würde. Das Resultat war jedoch keineswegs ein erhebendes und zeigte, daß es einem großen Teile unserer Kollegen noch an dem echten gewerkschaftlichen Geiste mangelt, der für die weitere Ausbreitung unserer Ortsgruppe unerläßliche Voraussetzung ist. Hier liegt auch die tiefere Ursache dafür, daß wir im verfloßenen Jahre mit der Mitgliederzahl nicht vorwärts kamen. Darum, es muß besser werden mit dem Versammlungsbesuch, jeder Kollege muß lebendigen Anteil nehmen am gewerkschaftlichen Leben der Ortsgruppe. Nur dann kann und wird er auch mitarbeiten an der weiteren Stärkung und Ausbreitung seines Verbandes, wie es ihm sein Verbandsstatut zur Pflicht macht. Wenn wir nun noch die Beitragserschöpfung in Erwägung ziehen, bei der erfahrungsgemäß immer einige Kollegen opponieren oder gar dem Verbandsantritt zu müssen glauben, so können wir mit dem Ergebnisse des vergangenen Jahres zufrieden sein. Es hat uns

erfreulicher Weise gezeigt, daß der Kern der Ortsgruppe unentwegt und fest zum Verbands steht. Dieser Gedanke gibt dem fast ganz wiedergewählten Vorstande, sowie den Vertrauensleuten den Mut und die Kraft, mit neuer Begeisterung weiter zu arbeiten, an der weiteren Ausbreitung und Stärkung unseres Verbandes, zum Wohle der organisierten und zum Nutzen der gesamten Arbeiterschaft.

Schweizer l. G. Unsere diesjährige Generalversammlung, die am 10. Februar stattfand, nahm einen guten Verlauf. Von Seiten der jüngeren Kollegen hätte allerdings der Besuch besser sein dürfen. Aus dem vom Vorsitzenden erstatteten Tätigkeitsbericht war zu entnehmen, daß in der Mitgliederentwicklung ein kleiner Fortschritt zu konstatieren sei, der jedoch keineswegs befriedigt. In der Hauptsache mangelt es daran, daß nicht die Gesamtheit der Mitglieder sich an der Werbearbeit beteiligt. Diese Agitationsarbeit aller Kollegen ist eine bringende Notwendigkeit. Die Arbeits- und Lohnverhältnisse in der Metallindustrie im Oberelsaß sind größtenteils noch sehr rückständig. Hier kann nur eine starke Organisation der Arbeiter eine Reform schaffen. Vor allem liegt es an den Mitgliedern, durch Hausagitation die Reihen zu stärken, durch einen regen Versammlungsbesuch und eifriges Lesen des Verbandsorgans sich zu schulen. Nach dem Bericht des Kassierers hatte die Zentralkasse eine Einnahme von 628,12 Mark, eine Ausgabe von 171,46 Mark. Die Einnahmen der Lokalkasse betragen 201,98 Mark, die Ausgaben 189,90 M. Der alte Vorstand wurde mit einem Wechsel, wo der erste und zweite Vorsitzende die Posten tauschten, wiedergewählt.

Der Bezirksleiter Kollege Gengler-Stuttgart referierte sodann über die allgemeine Lage der Metallarbeiterschaft im Elsaß und über unsere nächsten Aufgaben in der Agitation. Im Anschluß daran besprach er die rote Bege gegen den christlichen Metallarbeiterverband und führte diese auf ihren wahren Wert zurück. Lebhafter Beifall folgte seinen Ausführungen. Einer Anregung aus der Mitte der Versammlung folgend besprach Kollege Gengler noch die Leuzungsfrage. Der Vorsitzende schloß die Versammlung mit der Aufforderung zur eifrigsten Mitarbeit aller an der Stärkung unseres Verbandes.

Frankfurt a. M. Unsere Generalversammlung fand in ihrem ersten Teil am 26. Januar statt. Wegen der umfangreichen Tagesordnung und da der Reichssaal um 8 Uhr geräumt sein mußte, wurden die Verhandlungen vertagt und am 15. Februar fortgeführt und beendet. Den Jahres- und Kassensbericht erstattete Kollege Hainz. Auf die Ereignisse des verfloßenen Jahres eingehend, wurde betont, daß auch unsere Verwaltung hiervon nicht unberührt blieb und somit auch wir das unsere zur Aufklärung der Streifragen tun mußten und auch getan haben durch intensive Versammlungsstätigkeit und Flugblattverteilung. So wurde das Flugblatt unseres Verbandes: „Der Kampf im Ruhrgebiet und seine Lehren für die Metallarbeiter“ in 12 000 Exemplaren verbreitet. Es hatte nach den Berichten unserer Kollegen eine vorzügliche Wirkung zu verzeichnen. Das Wirtschaftsjahr 1912 war insbesondere auch für unsere Metallindustrie eine Zeit der Hochkonjunktur. Da war es nicht zu verwundern, daß die im Jahre 1911 vertagte Bewegung in Frankfurter Industriegebiet erneut aufgenommen wurde. Eine Einigung wurde bekanntlich nicht erzielt. Es kam zum Streik bei den Wärselern, Mayfarth, Fries Sohn und Bohorn u. Wittelind. Die Forderungen gipfelten in der Verkürzung der Arbeitszeit auf 54 Wochenstunden und zwar sollte die Verkürzung am Samstag eintreten, Regelung der Nacht- und Stundenlöhne und Wartezeiten. Der Verlauf des Kampfes zeigte, daß die Unternehmer die Forderung der Arbeitszeit nicht bewilligen wollten. Nach vierwöchentlicher Dauer beantwortete der Arbeitgeberverband den Streik mit der bekannten Aussperrung von 60 Proz. im Falle der Nichtverhandlung sollte die Ausperrung über das süddeutsche Gebiet folgen. Wir hatten also mit Streik und Ausperrung einen achtwöchentlichen Kampf zu bestehen.

Wie überall, wo der sozialdemokratische Metallarbeiterverband in der Majorität ist, sucht er auch hier die Konkurrenzorganisationen auszuschalten. Nachdem jedoch der Arbeitgeberverband für Mitteldeutschland die Sache in die Hand genommen, konnte auch unser Bezirksleiter an den Verhandlungen in Nürnberg am 24. Mai teilnehmen. Jugendleiter wurde die 56stündige Arbeitszeit mit der Vereinbarung, diese Regelung nach den Verhältnissen in den Betrieben vorzunehmen. Die Erhöhung der Löhne wurde wie folgt vereinbart: Für ungelernete Arbeiter bis 45 Pfg. - 2 Pfg.; ebenso für gelernete Arbeiter bis 50 Pfg. Stundenlohn auch 2 Pfg. Zuschlag. Ueberstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit werden mit 25 Proz. bzw. 40 Proz. Zuschlag vergütet. Weiter wurde vereinbart, daß in Fällen, wo eine Einigung über Verhandlung bezüglich der Löhne nicht erreicht werden, die Organisationsleitung angerufen werden soll.

Die Beitragserschöpfung hat sich für Frankfurt glatt zu ledigen lassen, während Hebbornheim und Höchst einen kleinen vorübergehenden Rückgang in der Mitgliederbewegung zu verzeichnen hatten. Am 1. Juli 1912 wurde die auf der Bezirkskonferenz des vorigen Jahres beschlossene Verschmelzung der Ortsgruppen Höchst, Hebbornheim und Oberusel beschlossen. Dadurch war es möglich, mit den Kollegen in noch engere Fühlung zu treten und hat dieser Zusammenschluß die agitatorische Arbeit auf der ganzen Linie außerordentlich befruchtigt. Vornehmste Aufgabe jeder Verwaltung ist es, der Agitations- und Werbearbeit aufmerksamste Beachtung zu schenken. Und so hatten wir es darauf angelegt, diesen Gedanken stets in der einen oder anderen Form den Kollegen nahe zu bringen. Bei allen Versammlungen und Besprechungen gingen wir davon aus, Mitarbeiter für die Kleinarbeit zu gewinnen.

War uns diese Arbeit durch die Bewegung erschwert und die Stimmung auch nach der Bewegung der agitatorischen Arbeit nicht besonders günstig, so war auch der Sommer mit seinen Festlichkeiten, die ja in Frankfurt besonders stark grassieren, der Kleinarbeit nicht besonders günstig. Die Werbearbeit jedoch konnte auf der ganzen Linie einsehen. Und so haben wir speziell der Arbeit im vierten Quartal 62 Neuaufnahmen zu verdanken. Gestagt werden muß, daß es leider noch immer verhältnismäßig wenige Kollegen sind, die die Hausagitation mit betreiben. Aufgabe nicht nur einiger, sondern aller muß es sein, Werbearbeit zu leisten. Es wurden im Berichtsjahre abgehalten: 8 öffentliche, 13 Streik-, 54 Mitglieder-, 23 Betriebsversammlungen, 91 Vorstands- und Vertrauensmänneritzungen und 80 sonstige Versammlungen; weiter 18 Hausagitationen. Besucht wurden bei der Hausagitation 210 Kollegen. Resultat 62 Neuaufnahmen. Die Korrespondenz verzeichnet 183 Eingänge an Briefen und Postkarten, 173 Zuschriften, aus gingen 364 Briefe und Postkarten und 305 Zuschriften.

Die Mitgliederbewegung ergibt folgendes Bild: Bestand Anfang 1912 190 Vollmitglieder und 20 Jugendliche. Neu aufgenommen wurden 77 ältere und 59 jugendliche Kollegen, abgetreten sind 13, zugereist 16, von der Jugendklasse abgetreten 11, dazu kamen mit 1. Juli noch 134 ältere und 10 jugendliche Kollegen der angefallenen Ortsgruppen. Ausgetreten sind 44 ältere und 8 jugendliche, abgereist und zu Militär 41, gestorben 2 Mitglieder. Es bleibt mithin ein Mitgliederbestand von insgesamt 424, davon 70 Jugendliche. Die Einnahmen der Hauptklassen betragen 7375,22 Mark. Die Ausgaben 2813,46 Mark; an die Zentrale gefandt wurden 4561,76 Mark. Die Lokalkasse weist einen Bestand von 863,49 Mark auf. Von Unterstufungen seien erwähnt: Die Krankenunterstützung mit 1193,05 Mark, Arbeitslosenunterstützung 178,83 Mark, Reiseunterstützung 197,00 Mark, Sterbegeld 160,00 Mark. Die Diskussion über den Jahres- und Kassenbericht war eine äußerst lebhaft und umfangreiche, wobei die Generalversammlung nicht beendigt werden konnte. Auf Antrag des Vorsitzenden wurde dem Geschäftsführer einstimmig Entlassung erteilt. Der Vorstand wurde mit einiger Ergänzung infolge des Todes eines Kollegen sowie auf Grund der Verschmelzung der Ortsgruppen Böckst, Hebbornheim, Oberursel, die ebenfalls eine Vertretung im Vorstande erhielten erweitert. Er besteht nunmehr aus 9 Kollegen.

In der am 15. Februar tagenden Versammlung war auch unser Verbandsvorsitzender Kollege Wieber erschienen. Die Versammlung war von den auswärtigen Kollegen gut besucht, während Frankfurt selbst nicht in der Zahl vertreten war, die erwartet werden konnte. Einleitend gab der Bezirksleiter Kollege Scherer in längeren Ausführungen Richtlinien für weitere Arbeit im Frankfurter Verwaltungsgebiet, dabei betonend, daß die Kollegen sich nicht lediglich auf den Beamten verlassen dürfen, sondern vor allem selbst in die agitatorische Arbeit eingreifen müssen. Der Verbandsvorsitzende, Kollege Wieber bestrich in eingehender Weise die gegenwärtige Situation in der deutschen Arbeiterbewegung und das Verhalten der Sozialdemokratie während der Generalausperrung der christlichen Metallarbeiter in Meiden. Zum Schluß seiner mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen wies Kollege Wieber auf die Tatsache hin, daß der sozialdemokratische Metallarbeiterverband, der mit den schäblichsten Mitteln gegen die kämpfenden christlichen Metallarbeiter in Meiden arbeitet, seiner Mitgliederzahl entsprechend noch nie einen so großen Kampf aufgenommen habe, wie ihn der christliche Metallarbeiterverband im Interesse seiner Mitglieder in Meiden seit Monaten führe. Das müsse jedem Metallarbeiter erneut beweisen, daß er im christlichen Metallarbeiterverband eine entschiedene wirtschaftliche Interessenvertretung finde. Den Anschluß an seinen Verband zu vollziehen, für die weitere Verbreitung und Stärkung seines Verbandes zu werden und zu arbeiten sei nicht nur das Recht, sondern Pflicht eines jeden christlichen Metallarbeiters gegen seinen Stand und gegen sich selbst.

Magdeburg. Unsere Ortsgruppe hielt am 16. Februar in der „Union“ ihre gut besuchte Generalversammlung ab. Nach Eröffnung erstattete der Kassierer zunächst den Kassenbericht für das 4. Quartal 1912. Dieser wies eine Einnahme von 1720 Mk. und eine Ausgabe von 975,96 Mk. nach; an die Hauptkasse wurden 744,04 Mark abgeführt. Nach dem Bericht der Revisoren wurde dem Kassierer Entlassung erteilt. — Darauf gab der Vorsitzende Kollege Theisen einen ausführlichen Jahresbericht, dem wir folgendes entnehmen. Die Einnahmen für die Hauptkasse betragen 7728,00 Mark, die Ausgaben 4938,55 Mark; an die Zentrale wurden 2789,45 Mark gefandt. An Unterstufungen wurden bezahlt: Reiseunterstützung 22 Mark, Krankenunterstützung 1699,24 Mark, Arbeitslosenunterstützung 47,84 Mk., Umzugsunterstützung 40,00 Mark, Streitunterstützung 2331,100 Mark, Sterbegeld 65,00 Mk. — Die Einnahme der Lokalkasse betrug einschließlich eines Kassenbestandes von 1111,19 Mark 2946,16 Mark, die Ausgabe 2549,83 Mark; mithin bleibt ein Bestand von 396,33 Mark. An Versammlungen wurden abgehalten: 4 Generalversammlungen, 62 Sektionsversammlungen, 48 Vorstande- und Vertrauensmännerversammlungen und 12 Werkstättenversammlungen. In den meisten Versammlungen ist ein Vortrag gehalten worden. Der Besuch war im Durchschnitt ein befriedigender. Die Entwertung der Mitgliederzahlen läßt nach wie vor zu wünschen übrig. Neben einer religiös indifferenten Arbeiterchaft, die dem christlichen Gewerkschaftsgedanken direkt feindlich gegenüber steht, ist es der rote und noch mehr der gelbe Terrorismus, der der Ausbreitung unseres Verbandes hindernd in den Weg tritt.

Ein Aukerbeispiel für das vorhin Gesagte bot die am 24. Juni vorigen Jahres erfolgte allgemeine Aussperrung von 60 Prozent der Arbeiterchaft. Am Tage vor der Aussperrung verbreiteten die Gelben ein Flugblatt, in welchem zum Beitritt in den Werkverein aufgefordert und weiterhin gesagt wurde, daß die Mitglieder der Werkvereine von der Aussperrung nicht betroffen würden. Unter einem solchen Tode kann man es höchstens verstehen, wenn auch nicht entschuldigen, daß man sich einer, der nicht tust, wenn auch mit geballter Faust in der Tasche, dem Werkverein beiträgt. Bei der Firma H. Wolf wurden dann auch tatsächlich alle Arbeiter, die nicht dem gelben Verein angehörten, ausgesperrt. Trotzdem konnten wir unsere Mitgliederzahl noch um einige Dutzend steigern und die Erfolge, die im Herbst eingeleiteten, bis jetzt noch nicht abgebrochenen Hausagitation lassen den Schluß zu, daß bei weiterer beharrlicher Kleinarbeit wir auch wieder vorwärts kommen.

Das Gleiche gilt auch bezüglich der Jugendbewegung: auch hier waren am Anfang des Berichtsjahres Berge von Mißverständnissen und Komplikationen zu beseitigen. Allmählich aber geht es auch hier in einem stilleren Tempo vorwärts. Ein erheblicher Umschwung machte sich hier mit dem Antritt des Arbeitersekretärs Götz auf seinen fleißigen Posten, Anfang Oktober, bemerkbar. Derselbe richtete sofort einen Unterrichtskursus für die Jugendlichen ein, der eine außerordentlich gute Beteiligung aufweist und der uns die Gewißheit gibt, daß in ihm eine mutige Schar von Kämpfern für unsere christlich-nationale Gewerkschaftsbewegung herangebildet wird.

An Wohnbewegungen war das Jahr 1912 ziemlich reich. Die allgemeine Aufwärtsbewegung der Lebensmittelpreise veranlaßte natürlich auch die Arbeiterchaft, mit Lohnforderungen an ihre Arbeitgeber heranzutreten. In den meisten Fällen war es jedoch ohne das Mittel des Streiks möglich, Erfolge für die Arbeiter zu erringen. In einem längeren Kampfe kam es bei der Nähmaschinenfabrik Wandlos u. Co. in der Neustadt, wo am 9. Oktober 500 Arbeiter wegen Nichtzahlung beschuldeter Lohnforderungen in den Ausmarsch traten. Am 11. Dezember mußte der Kampf resultatlos abgebrochen werden, nachdem vom „freien“ Holzarbeiterverband die

große Mehrheit zum Streikbrotzer geworden war und auch eine große Zahl Hingezimmer von der Firma herangezogen wurden. Bedauerlicherweise ist auch ein Mitglied des christlichen Hilfs- und Transportarbeiterverbandes zum Streikbrotzer geworden. Alle Versuche, ihn wieder zum Verlassen des Betriebes zu bewegen, mißlangten und so blieb nichts übrig, als ihn von unserer Bewegung abzuschütteln.

Die Vorstandswahl zeitigte folgendes Ergebnis: Als 1. Vorsitzender wurde gewählt Kollege Theisen, als 2. Kollege Abgerhausen, als Kassierer Kollege Blumenthal, als Schriftführer Kollege Hazelmann, als Bibliothekar Kollege Hätschki, als Revisoren die Kollegen Heinrich Fraupel und Franz Krull. — Nachdem noch bekannt gegeben war, daß am 2. März in Ludenberg die Hausagitation stattfindet, wozu sich eine größere Zahl von Kollegen meldeten, schloß der Vorsitzende mit der Aufforderung an die Mitglieder, im neuen Jahre alles daran zu setzen, um unsere Gruppe voran zu bringen.

Wormsheim. Unsere Generalversammlung, die am 16. Febr. stattfand, hat einstimmig beschlossen, zu Gunsten der ausgesperrten Kollegen in Meiden einen Extrabeitrag von 80 Pfg. von den männlichen und 40 Pfg. von den weiblichen Mitgliedern zu erheben. Weiterer Bericht folgt.

Literarisches.

Eine Volksausgabe der Reichsversicherungsordnung.

Reichsversicherungsordnung. Mit Einführungsgefech und Ausführungsbestimmungen für Preußen, Bayern und Baden. Wortlaut mit übersichtlicher Einführung und praktischem Sachregister, H. Ditt. (S. 536) M. Gladbach 1913, Volksvereins-Verlag G. m. b. H. Geb. Mk. 2.—, postfrei Mk. 2.20

Die deutsche Versicherungsorganisation ist im Jahre 1911 durch die Reichsversicherungsordnung ein gut Stück weitergebracht worden, nimmt sie doch vom 1. Januar 1914 ab etwa ein Drittel der vaterländischen Bevölkerung unter ihren Schutz. Die Ueberleitung vom alten zum neuen Rechte, ein schwierig Stück Arbeit, erfolgt allmählich: am 1. Januar 1912 hat die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung bereits ihre gegenwärtige Wirksamkeit eröffnet, die Unfallversicherung mit ihrer Erweiterung des Versicherungskreises und dem neuen, zum Teil recht komplizierten Verfahren, dessen Einzelheiten jeder Unfallverletzte kennen muß, ist mit dem 1. Januar 1913 in Kraft getreten, und am 1. Januar 1914 werden nicht nur rund 7 Millionen Personen neu der Krankenversicherung unterstellt, sondern auch die Kassenorganisation mit ihrer Umgestaltung der Rechte und Pflichten der Beteiligten muß bis dahin ihren Abschluß gefunden haben. Arbeitgeber und Versicherte werden nicht daran vorbeikommen, sich über die Einzelheiten der Reichsversicherungsordnung zu orientieren, kann doch das Nichtkennen den Verlust wichtiger Rechte, ja sogar empfindliche Strafen nach sich ziehen.

Da für die zunächst interessierten Arbeitgeber und Arbeitnehmer umfangreiche und teure Kommentare wenig geeignet sind (bei kritischen Fragen muß doch ein sachverständiger Stelle Information eingezogen werden), wird man es dankbar begrüßen müssen, daß der Volksvereins-Verlag eine Volksausgabe der Reichsversicherungsordnung auf den Buchmarkt gebracht hat. Das Buch enthält nicht nur, wie die meisten bisher erschienenen Textausgaben, die Reichsversicherungsordnung mit Einführungsgefech sondern auch die zum Verständnis unbedingt erforderlichen Ausführungsbestimmungen.

Außerdem bringt das Buch eine über das ganze Gesetzeswerk kurz orientierende Einleitung, die als Vorlage bei Unterrichtsreisen u. dgl. gute Dienste leisten dürfte.

Briefkasten.

Nach Bamberg. Es ist nicht Sache der Ortskarteile, darüber zu befinden, ob bei Aufnahme jugendlicher Arbeiter Eintrittsgeld erhoben werden soll oder nicht, darüber entscheidet jeder Verband selbständig. Bei uns wird auch für jugendliche Eintrittsgeld erhoben, es ist nicht gestattet, dieses Eintrittsgeld aus der Lokalkasse zu erheben.

An Viele. Die Generalversammlungsberichte kommen nach der Reihenfolge ihres Einganges zum Abdruck.

Sterbetafel.

Stolberg. Am 22. Februar starb unser treuer Kollege Adam Maluwa im Alter von 70 Jahren infolge Altersschwäche.

Nürnberg. Am 23. Februar starb unser treuer Kollege Josef Wanitz im Alter von 45 Jahren an einem Herzleiden.

Rhein-Erft. Am 24. Februar starb nach langwieriger Krankheit unser treuer Kollege Johann Nibbrath im Alter von 29 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

Versammlungskalender.

Kollegen und Kolleginnen! Versäumt ohne triftigen Grund keine Versammlung!

- Sonntag, den 8. März.
 Chemnitz. Abends 8.30 Uhr im „Deutschen Hof“, Braunschtr. 13. Wichtige S. D., das Erscheinen aller Kollegen ist notwendig.
 Dortmund-Weidmar. Abends 8.30 Uhr bei Kapp.
 Dortmund-Rauen. Abends 8 Uhr bei Langmann, Bismarckstr.
 Dortmund I. Abends 9 Uhr bei Eroll, Rheinischestraße 1.
 Eisenach. Abends 8.30 Uhr im Beizmarischen Hof.
 Eisen-Nettowig. Abends 9 Uhr bei Buchwälder.
 Eisen-Neumünster und Infallenteure. Abends 8.30 Uhr in der „Bürgerhalle“, Kottstr. 19.
 Elbing. Abends 8 Uhr im Erholungsheim, vorher (7 Uhr) Vorstandssitzung.
 Elm-Elmendorff. Abends 9 Uhr bei Söbeler, Bachenerstr. 129.
 Elm-Gumboldt-Kolonie. Abends 8.30 Uhr bei Gutz, Wattstr.
 Emsen. Abends 8.30 Uhr im Jag. Hof, Ecke Jäger- und Wühlungswälderstr.
 Berlin-Nord. Abends 8.30 Uhr bei Siede, Puffstr. 4-5.
 Eberburg. Abends 8.30 Uhr bei Gatz, Erichstr. 12.

- Hamburg. Abends 8.30 Uhr in Wilberts Gesellschaftshaus, Kohlhöfen 27.
 München. Abends 8 Uhr im Lokale „Leopoldstadt“, Senefelderstr. 11.
 Solingen-Baan. Abends 8.30 Uhr bei Krahminkel.
 Sittigart-Ludwigsburg-Jugendliche. Abends 7 Uhr bei Belmann.
 Stuttgart-Buffenhäuser. Abends 8.30 Uhr in der „Traube“.
 Tübingen. Abends 8.30 Uhr bei Wwe. Lange.
 Wilmshelm. Abends 8.30 Uhr bei Schmidt, Kaiserstraße 178.
 Wollau. Abends 8.30 Uhr bei G. Henkel 14, mit Vortrag und Delegiertenwahl.
 Würzburg. Abends 8 Uhr bei Endres, Herrngasse.

Sonntag, den 9. März.

- Bodost. Vorm. 11.15 Uhr in der „Stadt Münster“.
 Crefeld-Werdigen. Morgens 11 Uhr bei Sämtlich im Parlament.
 Crefeld-Gils. Morgens 11 Uhr im Lokale Metz. Sämtliche Kollegen erscheinen.
 Dortmund-Lünen. Vorm. 11 Uhr bei Müllmann.
 Dortmund-Verne. Nachm. 6 Uhr bei Tellenborg.
 Drg.-Rheinhausen. Abends 6 Uhr mit Vortrag bei Melz.
 Düsseldorf-Eller. Vorm. 11 Uhr im Lokale Gaalevelt, Gumbertstr. 120.
 Düsseldorf-Oberkassel. Vorm. 11.30 Uhr öffentliche Metallarbeiterversammlung im Saale des „Alten Bahnhofs“, Belfenplatz.
 Düsseldorf-Blberich. Nachm. 5 Uhr im Lokale Delmes-Meer.
 Eisen-Altendorf. Vorm. 11 Uhr bei Trippel, Altendorferstraße 209.
 Eisen-Völkrop. Nachm. 3.30 Uhr bei Erdmann.
 Eisen-Rittenscheid. Vorm. 11 Uhr bei Duadt, Rittenscheidstraße.
 Eisen-Stecke-Krah. Vorm. 10.30 Uhr in Stecke bei Seebon.
 Eisen-Verden. Vorm. 11 Uhr bei Schulz.
 Gagen-Altstadt. Vorm. 11 Uhr bei Verah, Eichhof, Krämerstr. 17.
 Meichenich. Morgens 11 Uhr bei Vebeler.
 Oer. Abends 8.30 Uhr bei Herrn. Bod.
 Sittich. Morgens 11 Uhr bei Oer.
 Sterkrade. Abends 6 Uhr mit Frauen bei G. Landtscheld, Goltensir. 1.
 Straubing. Vorm. 10.30 Uhr im „Münchner Hof“.
 Unterföcken. Nachm. 8 Uhr im Lokale „Hilf“.
 Wollau. Nachm. 8 Uhr in Puderbach bei G. Weder Wm. öffentl. Metallarbeiterversammlung. Referent: Kollege Schmitz-Köhl.
 Waffersallen. Vorm. 10.30 Uhr im Wöste.
 Wengern. Vorm. 11 Uhr bei Rohmann.

Montag, den 10. März.

- Grevenbroich. Gleich nach Feierabend bei Bienefeld, Rheydterstr.
 Düsseldorf-Bau- und Maschinenbau. Abends 9 Uhr im Paulushaus.
 Danzig-Schiedlich. Abends 8 Uhr bei Seeger.

Mittwoch, den 12. März.

- Danzig-Lauenenthal. Abends 8.30 Uhr bei Wölfe.
 Düsseldorf-Schmiede u. Infallente. Abends 9 Uhr im Paulushaus.
 Düsseldorf-Verdt. Abends 9 Uhr bei Wölfe, Greifstraße.
 Flensburg. Abends 8.30 Uhr bei C. Nabe, Marienstr. 1.

Donnerstag, den 13. März.

- Danzig-Ohra. Abends 8 Uhr bei Klawitter.
 Kavische-Stillingen. Abends 8 Uhr mit Vortrag im „Wilde Mann“.

Freitag, den 14. März.

- Düsseldorf-Formen- und Gießerarbeiten. Abends 9 Uhr im Paulushaus.

Sonntag, den 15. März.

- Berlin-Oberichoneuende. Abends 7 Uhr bei Olesch, Wattstr. 16.
 Bremen. Abends 8.45 Uhr im Colosseum, Dülferstr. 1.
 Düsseldorf-Klemmer und Infallenteure. Abends 9 Uhr im Paulushaus.
 Düsseldorf-Bill-Friedrichstadt. Abends 9 Uhr bei Mengwasser, Bitterallee, Ecke Kronenstraße.
 Düsseldorf-Gilden. Abends 9 Uhr bei Engels, Kaiser-Wilhelm-Platz.
 Düsseldorf-Rath. Abends 9 Uhr bei Kreitinger, „Rath-Kreuzweg“, Münsterstraße.
 Eisen-Altendorf. Abends 8.30 Uhr bei Wm. Keller, am Kaiser-Friedrich-Denkmal.
 Eisen-Alt- und Wagenschmiede. Abends 8.30 Uhr in der „Bürgerhalle“, Wühlungswälderstr. 19.
 Freiburg i. Br. Abends 8.30 Uhr im Gantterbräu, Schifferstraße 7.
 Halle a. S. Abends 8.30 Uhr im Vorkämpfer Grob-Berlin. Alle erscheinen. Bücher und Andenken mitbringen.
 Köln-Deutz. Abends 9 Uhr „zur Krone“, Frettelstraße 19.
 Köln-Mitte. Abends 8.30 Uhr bei Ed. Kofendahl, Rörderstraße.
 Regensburg. Abends 8 Uhr in der Jakobinerkirche.
 Stuttgart-Cannstatt. Abends 8.30 Uhr im Lokal des ev. Arbeitervereins.

Sonntag, den 16. März.

- Dückerheide. Vorm. 11 Uhr bei Gennemann, Karlshöh.
 Eisen. Vorm. 11 Uhr bei Kuttnerberg in Eisen. Alle erscheinen.
 Düsseldorf-Stahl-, Rohr- und Walzwerksarbeiter. Nachmittags 3 Uhr im Paulushaus.
 Düsseldorf-Drensdorf. Vorm. 11 Uhr bei Duerling, Münsterstr. Ecke Barbarastr. 21.
 Düsseldorf-Gerresheim. Vorm. 11 Uhr bei Manfatz, Gränklungenstraße 18.
 Düsseldorf-Verath-Reichholz. Vorm. 11 Uhr bei Wegener, Mittelstraße.
 Ensheim. Nachm. 3 Uhr bei Jal. Berg. Vollständiges Erscheinen notwendig.
 Gelsenkirchen-Schaffe. Morgens 11 Uhr bei Wegener.
 Halle. Nachm. 5 Uhr bei Tomas, Wörberstr. 16.
 Köln-Chrenfeld. Morgens 11 Uhr bei Wittkamp, Venloerstraße.
 München-Giesing. Vorm. 10 Uhr mit Vortrag im Ref. St. Josephshaus, Hochstraße.
 München-Scudling. Vorm. 10 Uhr mit Vortrag im Ref. „Zehnhübel“, Klingangerstr. 126.
 München-West. Vorm. 10.30 Uhr mit Vortrag im Ref. „Ruppertshaus“, Tubelstraße.
 Odenkirchen. Vorm. 10.30 Uhr bei Morjan, an der Bell.
 Wehringhausen. Vorm. 11 Uhr bei Fritz Simon.

Für dauernde und gut bezahlte Arbeit werden sofort gesucht:
tüchtige Dreher, Bohrer, sowie Schirmermeister und Schmiede,
 welche selbständig nach Zeichnung am Feuer arbeiten können.
Fried. Krupp, A.-G. Germaniawerft, Kiel-Garden.

Soeben erschien 4. bis 10. Tausend:
Reichsversicherungsordnung
 mit Einführungsgesetz und Ausführungsbestimmungen für Preussen, Bayern und Baden.
 Der erläuternde Text und das höchst praktische alphabetische Sachregister sind verläßlich von
Volksbureauvorsteher Heinrich Dieck
 8° (536) Geb. M. 2.—
Volksvereins-Verlag G. m. b. H., M. Gladbach.